Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die zweite Juni-hälfte 4000.— Mk. Einzelverkaufspr. 300 Mk.
Redaktion: Johannisstraße 46.
Fernruf {905 nur Redaktion. 926 nur Geschäftsstelle.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 800.— Mark, auswärtige 1000.— Mark, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 600 Mk., für Reklamen 3200.— Mk
Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.
Fernruf {926 nur Geschäftsstelle 905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 147. Mittwoch, 27. Juni 1923. 30. Jahrgang.

Die Mordfeme in Mecklenburg.

Versagen die mecklenburgischen Justizbehörden?

Die **Untersuchung über den Fememord der Roßbachleute** in Parchim liegt zurzeit in den Händen der mecklenburgischen Justizbehörden. Indessen sprechen Anzeichen dafür, daß die Angelegenheit dem Staatsgerichtshof in Leipzig übertragen wird, denn es hat sich nach unserer Kenntnis der Dinge immer deutlicher herausgestellt, daß die Angelegenheit in engstem Konnex mit der Roßbach-Organisation als solcher steht, gegen die bekanntlich das Auflösungsverfahren vor dem Reichsgerichtshof noch schwebt. Freilich, der mecklenburgische Staatsanwalt scheint für die politische Seite der Affäre wenig Verständnis und noch weniger Interesse an den Tag zu legen. Indessen ist es der Berliner politischen Polizei gelungen, sehr wichtige Tatsachen festzustellen, die den Zusammenhang zwischen den leitenden Stellen der Roßbach-Organisation und den am Fememord Beteiligten beweisen. Dafür, daß diese leitenden Stellen direkt die Parole zur Beseitigung des spitzelverdächtigen Kadow ausgegeben haben, liegen zwar noch keine Beweise vor. Daß sie aber unmittelbar nach geschehener Tat von den Vorgängen genau unterrichtet wurden und aktiv an der systematischen Verdunkelung der Tat mitwirkten, indem sie z. B. bewußt die Zerstreuung der unmittelbar Beteiligten über ganz Deutschland besorgten, das konnte bereits einwandfrei festgestellt werden, und es sind auch schon Verhaftungen solcher leitenden Personen vorgenommen worden, die sich der Begünstigung und Verdunkelung schuldig gemacht haben.

Für all das zeigen jedoch der Staatsanwalt und der Untersuchungsrichter in Schwerin so wenig Interesse, daß sie unbegreiflicherweise die beiden Ortsgrößen der Deutschvölkischen Freiheitspartei in Parchim, den Kaufmann Masolle und den Fabrikanten von Hardt, nach wenigen Stunden wieder auf freien Fuß setzten, obwohl diese nach der ganzen Sachlage mindestens als Anstifter sehr stark in Frage kommen. Wenn ein Staatsanwalt, wenn ein Untersuchungsrichter in eine Affäre nach einer bestimmten Richtung hin hineinleuchten will, dann gelingt es ihm unschwer, allerhand aufzudecken. So hätten die Mecklenburger Justizbehörden mit Leichtigkeit feststellen können, welche von den Leitern der Deutschvölkischen Freiheitspartei bezw. der Roßbach-Organisation in der Gegend von Parchim Kenntnis von dem grauenhaften Mord erhielten und welche Schritte sie unternahmen, um die Angelegenheit zu verdunkeln. Es ist bisher nicht bekannt geworden, daß sie einen einzigen derartigen Schritt, daß sie eine einzige Verhaftung nach dieser Richtung hin vorgenommen haben. Dagegen scheinen sie eine umso größere Energie gegen diejenigen Beteiligten und Mitwisser zu entfalten, denen die Aufdeckung der ganzen Angelegenheit zu verdanken ist. Nach denen wird rücksichtslos gefahndet!

Würden nicht rechtliche Gründe an sich schon genügen, um die Angelegenheit den Mecklenburger Justizbehörden zu entziehen und im Zusammenhang mit dem schwebenden Verfahren gegen Roßbach dem Leipziger Staatsgerichtshof zu übergeben, so müßten demnach auch die politischen Momente unbedingt dafür sprechen. Es ist klar, daß die Mecklenburger Justizbehörden sich in den letzten Monaten, als die Deutschvölkische Freiheitspartei in allen deutschen Ländern, mit Ausnahme natürlich von Bayern, verboten wurde, der schwersten Unterlassungssünden schuldig gemacht haben. Gerade in Mecklenburg hatte die Roßbach-Organisation eine solche Ausdehnung und Stärke gewonnen, daß ihr Treiben immer frecher, immer brutaler und immer gefährlicher wurde. Dennoch wurde auf Anfrage der Mecklenburger sozialdemokratischen Minister immer wieder geantwortet, das Material reiche für ein ähnliches Verbot wie in Preußen nicht aus! Man versteht es daher, wenn die Mecklenburger Justiz den Parchimer Mord als ein gewöhnliches Verbrechen zu behandeln bestrebt ist und keine sonderliche Neigung verspürt, politische Zusammenhänge aufzudecken, die letzten Endes für sie selbst belastend sind. Umsomehr ist es die Pflicht des Oberreichsanwalts und der Reichsregierung, dafür zu sorgen, daß diese rein politische Mordangelegenheit auch politisch behandelt, d. h. dem Reichsgericht überwiesen werde.

* * *

Aus Anlaß der Aufdeckung der Mecklenburger Mordfeme sind am Dienstag vormittag auch in Berlin zwei Personen verhaftet worden, die in dem dringenden Verdacht stehen, von der Mordtat unterrichtet gewesen zu sein. Es handelt sich um Mitglieder der Roßbach-Zentrale Wannsee. Das Netz der Mitwisser ist noch wesentlich größer als bisher angenommen wurde, sodaß neue Verhaftungen zu erwarten sind.

Der Münchener Polizeiskandal.

Hitlers Helfer!

SPD. München, 26. Juni. (Eig. Drahtber.)

Die Münchener Polizeidirektion hat einen schweren Reinfall erlebt. In der Begründung der am 11. Mai erlassenen Ausnahmeverordnung heißt es u. a.: „Die Verordnung hat den Zweck, auch der in verwerflichster Weise überhandnehmenden Vergiftung der öffentlichen Meinung durch maßlose Entstellungen und Verleumdungen wirksam entgegenzutreten.“

Dem Kenner der bayrischen bezw. Münchener Verhältnisse war es klar, daß die Verordnung der Schikane und Willkür durch eine einseitig eingestellte Bureaukratie Tür und Tor öffnete und daß die Gefahr bestand, daß sie in der Hauptsache gegen links angewendet werden würde. Dieses einwandfrei zu beweisen, ist nun unserer Partei gelungen, und zwar auf eine derart überzeugende Art, daß sich wohl oder übel der Landtag mit dieser Angelegenheit wird beschäftigen müssen.

Am 24. Mai, also 14 Tage nach dem Inkrafttreten der Verordnung, waren die Plakatsäulen in München mit einem sensationell aufgemachten Werbeplakat für den „Völkischen Beobachter“ geschmückt, das von der Polizei genehmigt worden war. Darin wurden, wie üblich, die sozialdemokratischen Führer geschmäht und die „jüdisch-marxistischen Giftzeitungen die Sprachrohre der internationalen Börsen und einer volkszersetzenden asiatischen Fremdrasse“ genannt. Daraufhin unterbreitete der Verlag der „Münchener Post“ ebenfalls einen Plakatentwurf, der in der Aufmachung eine Kopie des Hitlerschen Plakats darstellte und in seinem Inhalt eine Propaganda für unser Parteiblatt war. Der Text wandte sich gegen das internationale Kapital und brachte wortgetreu Zitate aus Reden ausländischer Genossen auf dem letzten Kongreß in Hamburg, in denen der Friedensvertrag von Versailles auf das allerschärfste und entschiedenste abgelehnt wird. Der Zweck dieses Entwurfes war einzig und allein, die Polizei auf die Probe zu stellen. An eine Plakatierung war von vornherein nicht gedacht, und die in ihrem Haß gegen die Sozialdemokratie verblendete Polizei fiel gleich darauf herein und verbot das Plakat für die „Münchener Post“. Nun prangt seit wenigen Tagen ein neues Hitler-Plakat an allen Säulen, das in noch wüsterer Manier eine Vergiftung der öffentlichen Meinung durch maßlose Entstellungen und Verleumdungen enthält. Es heißt darin u. a., daß der französische Mord an Schlageter zu Lasten der jüdisch-marxistischen und jüdisch-demokratischen Presse gehe, desgleichen habe sie die breite Masse dem Sklavenjoch der Börsengauner ausgeliefert durch Erzwingung des neuen deutschen Angebots der Reichsregierung an Frankreich. Noch mehr wie das erste, ist das zweite Plakat, das wiederum mit einem Aufruf für den „Völkischen Beobachter“ schließt, ein schändlich verlogenes und aufhetzendes Machwerk, und trotzdem hat es die Genehmigung der „Königlichen Polizeidirektion“ in München gefunden. Damit ist auf das schlagendste bewiesen, daß die Verordnung des Ministers Schweyer nicht die Urheber und Unternehmer der volks- und landesschädlichen Aktion trifft, sondern jene, die pflichtgemäß dunkle Vorgänge aufdecken und beweisen, daß auch der neue bayrische Ausnahmezustand wie seine Vorläufer im Prinzip gegen die Sozialdemokratie gerichtet ist.

Auch in Münster versagt die Polizei.

Aus Münster wird uns geschrieben: Zwei Tage sind verstrichen, seit die Druckerei unseres „Volkswillens“ einem Dynamit-Attentat zum Opfer fiel, ohne daß es der Polizei bisher jedoch gelungen wäre, den Tätern auf die Spur zu kommen und irgendwelche Verhaftungen vorzunehmen. **Das verwundert niemand, der die hiesigen Verhältnisse kennt.** Als in der Nacht vom 17. zum 18. Januar das erste Attentat auf unsere Druckerei erfolgte und 17 Setzerkästen ausgeschüttet wurden, war die Kriminalpolizei ebenfalls sofort benachrichtigt worden. Aber bis jetzt hat sie über die Täter nichts ermittelt. Dabei steht natürlich für jedermann der enge Kreis fest, in dem die Attentäter zu suchen sind: Es sind die deutschvölkischen Heldenjünglinge, die sich seit dem Ruhreinbruch hier in großer Zahl ein Stelldichein gegeben haben und die unter der Oberleitung verrückt gewordener nationalistischer Universitätsprofessoren von hier aus ihr Handwerk betreiben. Damals fand man in der Druckerei einen Zettel „Für Ludendorff“, und als vor kurzem eine große Scheibe unseres Parteibetriebes zertrümmert wurde, wies ein Zettel „Für Schlageter, Ihr Säue!“ die Spur. Anhaltspunkte sind also zur Genüge gegeben, und es wäre nicht allzu schwer für die Polizei, mit etwas mehr Erfolg tätig zu sein. Aber nichts ist bezeichnender für die Auffassung von der Vogelfreiheit der Sozialdemokratie, die anscheinend die Polizei in dem völlig nationalistisch verseuchten Münster beherrscht, als ihre Haltung nach dem Januar-Attentat. Damals wandte sich die Geschäftsleitung unseres Parteiunternehmens an die Polizei mit der Bitte um künftigen polizeilichen Schutz. **Dieses Ansuchen wurde jedoch abgelehnt mit dem Hinweis, daß die Zerstörung im Setzersaal ein schlechter Scherz, aber kein gefährliches Unternehmen darstelle.** Wir wissen nicht, als was unsere Polizeigewaltigen das jetzige Sprengattentat betrachten. Es scheint uns angebracht, daß sich die Berliner amtliche Zentralstelle um die Handhabung der Polizeigewalt in Münster etwas mehr als bisher kümmert.

Schutz der Währung!

Die neue Verordnung der Reichsregierung, die den Handel mit ausländischen Zahlungsmitteln nur zu dem amtlichen Einheitskurs gestattet, hat am Tage nach ihrer Veröffentlichung die Kurse etwas gedrückt. Allem Anschein nach ist aber dieser Sturz nur erzielt worden, weil die Verordnung ganz plötzlich erlassen wurde und die Spekulation überraschte. **Auf die Dauer ist von dieser Verordnung keine Wirkung zu erwarten.** Daher ist es notwendig, daß es nicht bei dieser einzigen Maßnahme zur Hemmung des Währungsverfalls bleibt, sondern das von der Sozialdemokratie aufgestellte Währungsprogramm in vollem Umfang veröffentlicht wird. Deshalb muß jetzt schleunigst die Zentralisierung des Devisenverkehrs eingeführt und eine neue Stützungsaktion begonnen werden.

Voraussetzung ihres Gelingens aber ist ein ausreichender Devisenfonds, mit dessen Hilfe eine starke Interventionstätigkeit auszuüben ist, die die Kurse drückt. Neben dem Golde der Reichsbank, das für diese Zwecke erneut eingesetzt werden muß, ist aber **auch die private Wirtschaft mit ihrem Devisenbestand heranzuziehen.** Das war ja auch der Zweck der Auflegung einer Dollaranleihe. Ihre geringe Zeichnung hat ihn vereitelt und zur Erschütterung der Stützungsaktion wesentlich beigetragen. Seltsamerweise hat sich das Finanzministerium damit begnügt, daß die Banken, die hundert Millionen Goldmark garantiert hatten, nur 5 Prozent der Garantiesumme einzahlten, obwohl 50 Prozent zu zahlen waren. Ein solches Verhalten ist umso merkwürdiger, als die Banken dauernd beteuern, daß sie selbst das größte Interesse an der Markstützung haben, weil bei weiterer Markentwertung ihre Substanz noch mehr dahinschwinden würde. An der Beschlagnahme der von der Wirtschaft angesammelten Devisenbestände wird man deshalb kaum vorübergehen können, sofern man wirklich die Absicht hat, die aus außen- und innenpolitischen Gründen notwendige Markstützungsaktion erneut aufzunehmen. Warum hat man übrigens diese bereits am 19. April als unmittelbar bevorstehend angekündigte Beschlagnahme bis jetzt nicht durchgeführt? Will man sich auch hierbei erst wieder dazu entschließen, wenn es zu spät ist?

Wann ist ferner das seit langem angekündigte Verbot des **Ankaufes ausländischer Effekten** im Auslande zu erwarten? Seitengroße Inserate in deutschen Blättern fordern zur Zeichnung der österreichischen Dollaranleihe auf. Erhebliche Markbeträge wandern zu diesem Zweck ins Ausland und schädigen die deutsche Valuta. Wann ist endlich zu erwarten, daß Beschränkungen der Einfuhr von Waren vorgenommen werden, die in übermäßigem Umfang ebenso die Mark schädigt wie die Einfuhr von ausländischen Zahlungsmitteln gegen deutsche Mark? Was will man ferner tun, um dem ungeheuren Verfall der deutschen Finanzen Einhalt zu gebieten? Die kleine Besserung im Mai ist längst wieder einer rasenden Verschlechterung gewichen. In der ersten Juni-Dekade sind weniger als 15 Prozent der Ausgaben durch Steuern gedeckt worden. Im ganzen Monat Juni dürften es kaum 5 Prozent sein; alles andere liefert die Notenpresse. Daran wird durch die Erhöhung von Verbrauchssteuern kaum etwas geändert. Nur schärfste Besitzsteuern mit sofortiger Wirkung könnten hier eine Wendung zum Bessern herbeiführen.

Aber selbst wenn das alles geschieht, bleibt noch eine außerordentlich große Lücke. Die Verhandlungen des Untersuchungsausschusses über den Fall Stinnes haben bewiesen, wie ungeheuer leichtfertig von diesen maßgebenden Kreisen der deutschen Wirtschaft Handlungen vorgenommen werden, deren Wirkungen die schärfste Schädigung der Mark darstellten. Das ist nur ein Fall von vielen, die sich jeden Tag ereignen. Jeder Industrielle, jeder Kaufmann sucht sich in dem allgemeinen Chaos zu retten, ohne dabei zu bedenken, daß er damit den Untergang des Ganzen ungeheuer beschleunigt. Pflichtbewußtsein und Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber der Wirtschaft und dem Staat sind seltene Eigenschaften geworden. Nicht nur, weil der Egoismus Leitmotiv des Handelns geworden ist, sondern auch, weil der Staat nichts getan hat, um diese Eigenschaften zu pflegen.

Wie gewissenlos gehandelt wird, dafür nur einige Beispiele: Kaum war der Freiverkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln verboten, als der mit Dollarschatzanweisungen umso stärker einsetzte. Anstelle der wirklichen Notierungen gab man „Schätzungen“ für die Devisen an, wodurch eine ähnliche die Mark schädigende Wirkung erzielt wurde. Aber auch an direkten Maßnahmen zur Schädigung der Mark fehlt es nicht. Uns liegt ein Schreiben eines Bankhauses in Amsterdam vor, das die Vertretung der Darmstädter Bank hat und mit erheblichen Krediten dieser Bank arbeitet. In ihm wird geradezu zur Spekulation in ausländischen Zahlungsmitteln aufgefordert. In diesem Schreiben heißt es:

„Da gegenwärtig die Devisengeschäfte in Deutschland stark eingeschränkt, wenn nicht ganz unmöglich geworden sind, so möchten wir uns gestatten, Sie darauf hinzuweisen, daß es uns noch möglich ist, Devisentermintransaktionen, und zwar Käufe, sowie Verkäufe in allen Valuten, u. a. auch Verkäufe von Mark per ein und zwei Monate gegen Gulden und andere Valuten, die Ihnen auf späteren Terminen dann zur Verfügung stehen würden, durchzuführen.“

Eine noch stärkere Schädigung der Mark dürfte von den vielen geheimen Zirkularen ausgehen, in denen Banken und Bankinstitute ihre Hoffnung auf weiteren Markverfall ausdrücken. In der „Deutschen Allgem. Ztg.“ wurde vor einiger Zeit ein der-

artiges Rundschreiben, das das Datum des 18. April trug, veröffentlicht. An diesem Tage stieg der Dollar von 22 000 auf etwa 25 000. In dem Rundschreiben aber hieß es:

„Wenn heute der Dollar um 100 000 Mark bewertet würde, so wäre dies im Gegensatz zu unserer ehemaligen Friedensgoldparität auch noch eine Unterbewertung des Dollars . . . . Infolge des zu erwartenden Zusammenbruchs der deutschen Papiermarkwährung empfehlen wir Ihnen, gegebenenfalls Ihre Bestellung telegraphisch aufzugeben, **damit Sie bei der mit Sicherheit eintretenden außerordentlichen Entwertung der Mark rechtzeitig Ihren Papiergeldbesitz durch Umtausch in ein Valutapapier vor Entwertung geschützt haben.**"

Bei den Urhebern dieses Rundschreibens herrschte zweifellos die Absicht vor, die Mark zu schädigen. Aber selbst wenn diese Absicht nicht bestanden hätte, eine derartige Wirkung des Rundschreibens ist kaum zu bestreiten. Trotzdem ist eine solche Handlungsweise gegenwärtig straflos. Weder die Devisenverordnung, noch irgend eine andere gesetzliche Bestimmung schützt die Mark vor solchen schweren Schädigungen. Wir brauchen deshalb ein Schutzgesetz für die Währung, das solchen Handlungen ein für allemal einen Riegel vorschiebt und sie mit den allerschärfsten Strafen belegt. Wer die Mark schädigt, handelt schlimmer als ein Landesverräter.

In der Tschechoslowakei hat sich diese Auffassung durchgesetzt. Trotzdem die tschechische Krone seit langem stabil ist, hat die Regierung dem Parlament den Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der tschechoslowakischen Währung vorgelegt. Seine Grundgedanken sind in den folgenden drei Paragraphen enthalten:

„1. Wer ohne wirtschaftlichen Bedarf oder darüber hinaus fremde Zahlungsmittel und Edelmetalle gegen heimische Zahlungsmittel kauft oder diese gegen fremde Zahlungsmittel und Edelmetalle verkauft, wird wegen Vergehens mit schweren Kerkerstrafen von sechs Monaten bis zu zwei Jahren bestraft.

2. Ebenso wird bestraft, wer bei einer Rechtshandlung, deren Gegenstand einheimische oder fremde Zahlungsmittel oder Edelmetalle sind, in einer Art vorgeht, von der er nach seinem Beruf, seinen Kenntnissen und Erfahrungen erkennen muß, daß es der tschechoslowakischen Währung schädlich sein könnte.

3. Wer sich dieser Taten schuldig macht in der Absicht, die tschechoslowakische Währung zu schädigen, wird wegen Verbrechens mit schwerem Kerker in der Dauer von 1 bis 5 Jahren bestraft."

Deutschlands Währung fällt dauernd. Trotzdem darf bei uns jeder Handlungen begehen, die die Mark weiter in den Abgrund treiben, die Wirtschaft schädigen, die Staatsfinanzen ruinieren und den passiven Widerstand an der Ruhr und am Rhein untergraben. Der Schutz der Währung muß deshalb gesetzlich festgelegt werden und strenge Strafe über denjenigen verhängt werden, der aus Leichtfertigkeit oder in böswilliger Absicht Handlungen unternimmt, die der Allgemeinheit Schaden zufügen.

Erfolglose französisch-englische Erörterungen.

Nach dem „Daily Telegraph" hat die am Sonntag zwischen Poincare und Lord Crewe gepflegene Erörterung nur die Verschiedenheit zwischen dem französischen und dem englischen Standpunkt in den wesentlichsten Punkten enthüllt. Derartige Abweichungen auszugleichen, müsse eine schwierige und langwierige, wenn nicht unmögliche Aufgabe sein. Der Unterstaatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten, Mac Neill, hat noch am Sonnabend in Canterbury gesagt, jede verlängerte militärische Besetzung und wirtschaftliche Knebelung des Ruhrgebiets werde nur zu sozialen und wirtschaftlichen Unruhen in Deutschland führen, was den französischen Absichten vollkommen zuwider sei. (?) Nach dem „Daily Telegraph" haben ausländische Beobachter in Deutschland den Eindruck gewonnen, daß nach der wirtschaftlichen Lage Deutschlands der passive Widerstand sicherlich noch eine Anzahl von Monaten aufrechterhalten werden könne. Man sei der Ansicht, daß die Vorbedingung für die Zumutung an Deutschland, den passiven Widerstand aufzugeben, die Versicherung sein würde, daß als Gegenleistung das Ruhrgebiet bald seine industrielle und administrative Freiheit wiedererlangen könne. Aber an Aussicht auf ein derartiges Kompromiß sei augenblicklich leider nicht zu denken.

„Petit Parisien" schreibt offenbar offiziös, daß entgegen gewissen optimistischen Nachrichten die letzten Verhandlungen zwischen Poincare und Crewe den Meinungsaustausch Paris-London nicht besonders gefördert hätten. Tatsächlich scheine man sich in Erwartung der Beendigung der belgischen Ministerkrise für den Augenblick darauf zu beschränken, die Verhandlungen nicht ganz fallen zu lassen. Der englische Fragebogen über den passiven Widerstand sei noch nicht beantwortet. Ueber die meisten Fragen, z. B. über eventuelle Maßnahmen, die nach einer deutschen Kapitulation getroffen werden müßten, über die zu verlangenden Geldzahlungen, über die Einberufung einer Konferenz mit oder ohne Teilnahme der Deutschen sei noch keine präzise Diskussion eingeleitet. Dieser Stillstand werde übrigens durch den überaus freundschaftlichen Ton der Verhandlungen in der letzten Zeit ausgeglichen, wobei beide Parteien den Willen gezeigt hätten, zu einer Verständigung zu gelangen.

Die Haltung Italiens.

Rom, 26. Juni.

Die Stellungnahme Italiens hat sich in der letzten Zeit immer mehr der Englands genähert, wenn auch die Erwägungen, von denen Italien ausgeht, nicht die gleichen sind wie die Londons. In hiesigen diplomatischen Kreisen sieht man das Ruhrproblem als den wichtigsten Faktor in der Frage der Reparationen und der interalliierten Schulden an. Im Palazzo Chigi wurde heute erzählt, daß Mussolini bei den letzten Verhandlungen vollständig dem englischen Standpunkte beigetreten sei. Im Senate erklärte Mussolini, Italien werde nicht zulassen, daß das wirtschaftliche Gleichgewicht Mitteleuropas noch mehr erschüttert werde.

Die ewigen Ängste Frankreichs.

Paris, 27. Juni.

Der ehemalige Finanzminister Francois Marsal sprach in Nancy über die Finanzlage: Der päpstliche Legat Monsignore Tedeschini habe dem Vatikan einen Bericht des Bürgermeisters von Essen zugehen lassen, in dem gesagt werde, das Ruhrgebiet sei das Herz Deutschlands und der Körper sterbe dahin, wenn das Herz nicht mehr schlage. Marsal schloß seinen Vortrag: Sagen Sie es allen denen, die unter dem Krieg gelitten haben, der Krieg wird mit Eisenbahnen geführt und mit Fabriken, die Kriegsmaschinen und giftige Gase herstellen (!!!). Solange vor den Toren der Fabriken ein Wachtposten steht und im Direktionsbureau ein General sitzt, solange werden unsere Kinder nicht den Tod erleiden. Denn solange ist der Krieg unmöglich.

Die Vergrößerung der englischen Luftmacht.

London, 27. Juni.

Im Unterhaus gab gestern nachmittag Premierminister Baldwin eine bedeutsame Erklärung über die Verstärkung der britischen Luftwaffe ab. Die Regierung habe beschlossen, für die notwendigen Bedürfnisse der Flotte, der Armee und der indischen überseeischen Gebiete eine britische Luftverteidigungsmacht zu schaffen, die genügend stark ist, um Großbritannien gegen die Angriffe der größten Luftmacht (!!) zu schützen, die innerhalb der erreichbaren Zone liegt. Zuerst soll die neue Luftwaffe aus 52 Geschwadern bestehen. Die neuen Vorschläge würden dazu führen, der autorisierten Stärke der Luftwaffe weitere 34 Geschwader zuzuführen. Der Staatssekretär für das Flugwesen habe Instruktionen erhalten, diesen Beschluß sofort in Wirkung treten zu lassen. Baldwin fügte hinzu, daß die britische Regierung gern mit den anderen Regierungen zusammenarbeiten würde, um die Flugrüstungen nach den Grundlinien des Washingtoner Vertrages zu beschränken. — Der Sekretär für das Flugwesen erklärte, daß die Kosten für die Vergrößerung der Luftwaffe kaum ½ Million Pfund Sterling überschreiten würden.

*

TU. London, 27. Juni.

Die Erklärungen Baldwins über die Verstärkung des britischen Flugdienstes bedeuten, daß England namentlich von der Verstärkung des französischen Flugdienstes Kenntnis genommen hat, und daß es jetzt in Konkurrenz mit Frankreich im Flugwesen trete. In der Presse und im Publikum bedauert man wohl diesen Beschluß, weil er die bereits außerordentlich hohen Staatsausgaben weiter vergrößere. Trotzdem ist man jedoch nicht gewillt, zuzugeben, daß Großbritannien noch weiter hinter Frankreich zurückbleibt. Im Abendblatt „Star" wird die Ansicht ausgesprochen, daß die Verstärkung der Luftwaffe nicht notwendigerweise eine Vorbereitung für neue Kriege zu sein braucht, trotzdem sie in ihrer Wirkung einer Vorbereitung für den nächsten Krieg gleichkommt. Die Zeitung fügt hinzu, daß die britische Regierung danach strebe, gegen die unvernünftige Vergrößerung der französischen Luftwaffe Stellung zu nehmen. Es wird darauf hingewiesen, daß Frankreich Ende 1925 2000 Flugmaschinen besitzen wird. Es wird die Frage gestellt, gegen wen Frankreich diese Vorbereitungen trifft angesichts der Tatsache, daß Deutschland entwaffnet ist. Der Beschluß Großbritanniens in dieser Frage erinnere an den Flottenwettbau, der vor dem Kriege zwischen Großbritannien und Deutschland stattgefunden hat.

Verschärfung der belgischen Kabinettskrise.

Paris, 26. Juni.

Nach den letzten Meldungen aus Brüssel ist in der belgischen Ministerkrise eine neue Verschärfung eingetreten, da der Versuch Theunis, die beiden bürgerlichen Parteien, die Liberalen und die Katholiken, zu gewinnen, als gescheitert angesehen werden müsse. Ein Kompromiß kann um deswillen nicht zustande kommen, weil in der Frage der Genter Universität wie hinsichtlich der Dienstzeit keine Einigung erzielt werden kann.

Aus dem Ruhrgebiet.

SPD. Elberfeld, 26. Juni. (Eig. Drahtber.)

Der Kohlen- und Rohstoffmangel macht sich im besetzten Gebiet täglich mehr bemerkbar. In Dortmund ist die Union, die über 12 000 Arbeiter beschäftigt, wegen Erz- und Kohlenmangels stillgelegt worden. Aus den gleichen Gründen werden die Phönix-Werke in Hörde und der Betrieb der Firma Hösch in Dortmund, die ebenfalls große Belegschaft beschäftigt, den Betrieb schließen müssen.

Am 20. Juni beschlagnahmten die Franzosen in Düsseldorf die Barablieferung des Postamts I an die Reichsbank in Höhe von rund 1000 Millionen Mark. Als Grund wurde eine Verfügung des Reichsfinanzministers angegeben, nach der den französischen Dienststellen die Umwechslung von Franken gegen Reichsgeld erschwert bezw. unmöglich gemacht wird.

Die wahnsinnigen Schießereien der Besatzung in Buer haben nach den bisher vorliegenden Meldungen bereits vier Todesopfer und eine große Zahl von Verwundeten gekostet. Unter den verletzten befindet sich eine Frau, die einen schweren Brustschuß erhalten hat.

Großzügiges Ruhrkinderhilfswerk der Amsterdamer Gewerkschaften.

Bochum, 27. Juni.

Nach dem holländischen Blatt Het Volk veröffentlicht der Amsterdamer Gewerkschaftsbund in der holländischen Presse einen Aufruf zu einer großzügigen Aktion für die Ruhrkinder. Nach dem Aufruf sollen bereits soviel Mittel bereitgestellt sein, um mehrere tausend Ruhrkinder in Holland unterzubringen. Als Bedingungen werden gestellt: Verpflichtung auf eine Mindestdauer der Unterbringung in Holland für 3 Monate; ärztliche Untersuchung der Kinder vor ihrer Abreise aus Deutschland. Ferner müssen die Kinder mit Kleidern und Schuhzeug bereits für einen dreimonatigen Aufenthalt versehen sein. Der Abtransport nach Holland soll Mitte Juli stattfinden. Das Komitee der Hilfsaktion setzt sich zusammen aus Vertretern der Gewerkschaften und Mitgliedern des früheren österreichischen Kinderhilfskomitees in Holland.

Bombenanschlag auf den Wiesbadener Hauptbahnhof

Wiesbaden, 26. Juni.

Heute früh kurz nach 5 Uhr explodierte in der Halle des Hauptbahnhofes vor dem Schalterraume eine Bombe, durch die Schalteranlage und andere Einrichtungen des Hauptbahnhofes vollständig zerstört wurden. Es soll auch Tote und Verwundete gegeben haben. Einzelheiten über den Anschlag sind bisher noch nicht bekannt geworden.

Eine Kanzlerrede in Königsberg.

Kein Gedenkwort für Rathenau!

Königsberg, 25. Juni.

Bei der Eröffnung der landwirtschaftlichen Ausstellung hielt Reichskanzler Dr. Cuno eine Rede, in der er sagte: Königsberg und Ostpreußen müssen Mittler sein zwischen dem Osten und dem Reich und darüber hinaus zwischen dem Westen und den überseeischen Gebieten. Das Reich wird Ostpreußen, von dem vor hundert Jahren die Befreiung des Vaterlandes ausging, stets seine besondere Aufmerksamkeit zuwenden.

Ein Gedanke erfüllt uns vor allem anderen:

Was wird die Zukunft dem Reiche im ganzen bringen? Wird es in der Lage sein, seine Verpflichtungen einzulösen, die es heute gibt? Der Kanzler spricht nun über den Ruhrkampf; er hofft, daß, so unüberwindlich der Wille des Volkes an Ruhr und Rhein ist, so unüberwindlich auch in politischen und wirtschaftlichen Beziehungen sich die ganze Volksgemeinschaft erweisen wird. **Daher muß unsere Politik eine aufrichtige und gerade, aber auch eine Politik sein, die darauf bedacht ist, die Leiden dieser echten deutschen Menschen nicht über Gebühr zu verlängern.** Nichts ist unversucht geblieben vor und seit dem Einbruch in das Ruhrgebiet, was dazu dienen könnte, eine vernünftige und tragbare Lösung der Reparationsfrage zu finden, eine Lösung, die endgültig ist, die nie wieder wie jetzt uns einem Einbruch am Rhein und Ruhr aussetzt, die mit der Abtragung der Lasten uns auch die volle Freiheit unseres Volkes gewährleistet. Was von dem Memorandum erwartet werden konnte, ist im wesentlichen erreicht:: die Welt, die so stumpf und teilnahmslos dasteht, zu überzeugen, daß es der aufrichtige Wille Deutschlands ist, Nachbar zu Nachbar mit anderen Völkern zu leben, Reparationen nicht zu versprechen, sondern zu zahlen, und hierzu alle Kräfte unseres Volkes bis zum äußersten anzuspannen, unter der Voraussetzung freilich, die es immer voranstellen muß, daß wir sagen können:

am Ende dieser Leistungen steht die Freiheit.

Es ist, wenn ich die ausländischen Pressestimmen recht verstehe, ein starker Fortschritt gemacht worden, wenngleich Frankreich noch nicht verhandlungswillig ist und immer noch die Einstellung des passiven Widerstandes verlangt, eines Widerstandes, der nicht verlassen wird, solange noch ein deutsches Herz in jenen Gebieten für Deutschland, für Recht und Freiheit schlagen wird, ein Widerstand, den keine Regierung, selbst wenn sie es wollte, durch einen Befehl beenden könnte, den aber auch **keine deutsche Regierung vorzeitig zu beenden wünschen kann,** solange sie nicht der aus freiem Willen ihn leistenden gemarterten Bevölkerung als Ergebnis dieses Widerstandes den gesicherten Weg zu einer Lösung der Gerechtigkeit und Billigkeit aufzeigen kann. Die Reichsregierung und ich sind willens, mit Rücksichtslosigkeit gegen Gewinnsucht vorzugehen. Wenn es gelingen soll, die Lage zu beherrschen, müssen wir in der Frage der Währung, in der Frage der Anpassung der Löhne und Gehälter an die Teuerung wie in der Frage der Volksernährung gesichert sein.

Blutige Sonnenwendfeier.

Ueber die bereits kurz in der Tagespresse gemeldeten Zusammenstöße zwischen dem rechtsradikalen Jungsturm und Arbeitern in Dramburg (Pommern) erfahren wir aus Stettin noch folgendes: Der Jungsturm, eine mit der Deutschnationalen Volkspartei und dem Deutschnationalen Offiziersbund im engsten Zusammenhange stehende Jugendorganisation, die durch das Tragen von Litewken und der Farben der jeweiligen Kompagnien nach altem militärischen Muster (blauweiß, rotweiß usw.) und durch teilweise Bewaffnung mit Pistolen sich einen militärischen Anstrich zu geben verstanden hat, hielt am Sonnabend eine Sonnenwendfeier unter Teilnahme auch weiterer Kreise der Bürgerschaft ab. Durch das Verhalten der jungen Leute fühlten sich Arbeiterkreise provoziert, und es kam zu Zusammenstößen. Der herbeigerufene Landrat erschien mit einigen Polizeikräften und suchte zu vermitteln. Trotzdem kam es abermals zu Zusammenstößen, in deren Verlauf Jungsturmleute eine Anzahl von Pistolenschüssen abgaben. Ein Arbeiter wurde getötet, ein zweiter durch Bauchschuß lebensgefährlich verletzt und drei weitere verwundet. Als jetzt die Arbeiter in größter Erregung auf die Jungsturmleute losgingen, gab es auch bei diesen einige Verletzte. Die Stettiner politische Polizei hat Beamte zur Untersuchung der Angelegenheit entsandt, sodaß eine genaue Klärung der Zusammenhänge bevorsteht. In der Bevölkerung herrscht große Empörung über das durch die Jungsturmleute angerichtete Blutvergießen. Allgemein wird die Auflösung der ganzen militärischen Jungsturm-Organisation gefordert. Auch erscheint es unbedingt erforderlich, festzustellen, wer den unreifen Burschen des Jungsturms Waffenscheine ausgehändigt hat!

Endlich rücken auch die Rechtsparteien von den Mordverschwörern ab!

Die Aufdeckung der Roßbach-Feme in Mecklenburg, die wahrscheinlich schon in den allernächsten Tagen zu weiteren Verhaftungen führen dürfte, hat jetzt endlich auch einen Teil der deutschen Presse zur Vernunft gebracht, der bisher seine Aufgabe darin sah, den preußischen Minister des Innern zu verunglimpfen, weil er mit gutem Recht gegen das Mordgesindel vorging. Selbst Blätter der Rechten, soweit sie auf Anständigkeit und Wahrheit noch Wert legen, fordern jetzt die entschiedene Ausräucherung der Mordnester. Auch die volksparteiliche „Zeit", die es trotz des schwierigen Standes, den Severing in seinem Kampf gegen das deutschvölkische Mordregime hatte, nicht unterlassen konnte, ihn der Einseitigkeit zu bezichtigen, schreibt jetzt:

„Es ist selbstverständlich, daß diesem Treiben Einhalt geboten werden muß, wenn nicht die allerschlimmsten politischen Folgen daraus entstehen sollen."

Vor Tische las man's anders! Hätte der preußische Minister des Innern schon damals die Unterstützung und Anerkennung gefunden, die ihm jetzt nachträglich scheinbar zuteil werden soll, dann wäre es um die innerpolitische Lage Deutschlands besser bestellt, dann hätte die aus Anlaß der jüngsten Vorfälle von der „Germania" aufgeworfene Frage: „Wie lange noch Mord?" vielleicht längst ihre endgültige Beantwortung durch Taten gefunden. Es ist anerkennenswert, daß wenigstens jetzt auch die „Germania" nicht nur ein entschiedenes Eingreifen gegen die staats- und gemeingefährlichen Machinationen verlangt, sondern auch eine Abrechnung mit der Sorte Politiker, die sich um Graefe gruppieren, von Reichs wegen fordert. Nichts mehr und nichts weniger hat die Sozialdemokratie seit vielen Wochen gefordert. Mit welchem Erfolg? Ihre leisen Hinweise, daß die Mordbrenner eine gewisse Unterstützung bei amtlichen Reichsbehörden finden, wurden als Landesverrat bezeichnet, obwohl es Tatsache ist, daß die Weste gewisser amtlicher Herren nicht ganz sauber ist.

Wir fordern erneut eine klare Stellungnahme der Reichsregierung gegen die Sabotageakte im Ruhrgebiet, insbesondere aber eine entschiedene Unterstützung der Politik des preußischen Innenministers, deren Zweck ist, durch Kampf gegen den Mord, gegen Dynamitattentate das Vertrauen des Volkes an der Ruhr zum Staate zu stärken und dadurch die schwierige Abwehr zu erleichtern. Die Zurückhaltung der Reichsregierung in dem Kampfe Severings gegen das Verbrechertum war alles andere als eine Ermutigung der Ruhrarbeiterschaft zur Abwehr. Sollten auch unsere neuesten Mahnungen an die Regierung nichts helfen, dann dürfte sich die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion nicht mehr abhalten lassen, im Reichstag eine bindende Erklärung der Regierung zu verlangen, deren Besprechung dann auch vielleicht bestimmte Kulissengeheimnisse zwischen der Wilhelmstraße und den Herren Graefe und Wulle aufdeckt.

Verbot des Handels mit Dollarschatzanweisungen an Börsenruhetagen.

Berlin, 26. Juni.

Der Berliner Börsenvorstand hat heute einen Beschluß gefaßt, wonach der Handel mit Dollarschatzanweisungen in den Börsenräumen an den Börsenruhetagen ebenso verboten ist, wie der Handel mit Effekten. Zuwiderhandlungen werden mit dem Ausschluß von der Börse bestraft. Hierdurch ist insofern Klarheit in einer strittigen Frage geschaffen worden, als bisher darüber Unklarheit herrschte, ob die Dollarschatzanweisungen zu den Effekten gehören.

Die Novelle zum Versorgungsgesetz.

Von H. Jäker-Düsseldorf, M. d. R.

Der Reichstag hat ein Gesetz (Novelle zum Reichsversorgungsgesetz) verabschiedet, das die Bezüge der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen neu regelt. Bisher erfolgte diese Regelung durch zwei Gesetze. Erstens durch das Reichsversorgungsgesetz vom 12. Mai 1920, zweitens durch das Gesetz über Teurungsmaßnahmen für Militärrentner vom 21. Juli 1922. Das Reichsversorgungsgesetz vom 12. Mai 1920 sah eine Teurungszulage vor, die mit der fortschreitenden Geldentwertung erhöht werden sollte. Bei Inkrafttreten des Gesetzes wurde diese Zulage auf 20 Prozent festgesetzt. Am 1. Januar 1921 wurde der Satz auf 35 Prozent erhöht, und dabei blieb es dann bis zum 1. Oktober 1922. Mittlerweile war das Gesetz über Teurungsmaßnahmen für Militärrentner in Kraft getreten. Die in diesem Gesetz vorgesehenen Zulagen, die von Fall zu Fall erhöht wurden, waren völlig unzureichend. Sie wurden außerdem nur bei Bedürftigkeit gezahlt. Infolgedessen wurden diese Zulagen nur von etwa fünf Prozent aller Kriegsbeschädigten bezogen; dagegen bezogen zirka 80 Prozent der Kriegerwitwen die Renten der Kriegsbeschädigten, die die Zulagen nicht erhielten, und diese Renten waren schließlich bei den geringer Beschädigten so niedrig, daß sich ihr Abheben kaum noch lohnte. Die Regierung hat selbst durch Zahlenmaterial und graphische Darstellungen nachgewiesen, daß die Rente auch bei den Kriegsopfern, die die Zulagen nach dem Gesetz vom 21. Juli 1922 erhielten, in ihrem relativen Wert um mehr als die Hälfte gesunken war. Die Kriegsopferverbände haben deshalb immer wieder dahin gedrängt, daß die Regierung die längst versprochene Novelle endlich herausbringe. Auch unsere Genossen im 19. Ausschuß des Reichstages haben ihren Einfluß nach dieser Richtung hin geltend gemacht.

Das nunmehr angenommene Gesetz tritt am 1. Januar 1923 rückwirkend in Kraft. Auf die zu erwartenden höheren Renten wurden bereits einigemale Vorschüsse gezahlt. Alle Bezüge des Gesetzes sind in ein gleitendes System gebracht. Sie verändern sich in demselben Maße wie die Beamtengehälter. Da in der ersten Junihälfte der Zuschlag bei den Beamtengehältern 2900 Prozent beträgt, wird er in dieser Höhe auch auf alle im abgeänderten Reichsversorgungsgesetz enthaltenen Rentensätze und sonstigen Bezüge gewährt. Damit ist einer der Hauptwünsche der Kriegsbeschädigtenorganisationen erfüllt. Den an teueren Orten den Beamten gewährten örtlichen Sonderzuschlag erhalten die Kriegsopfer dagegen leider nicht.

Der Aufbau der Rentenbezüge ist, abgesehen von der neu eingeführten Zusatzrente und der Frauenzulage derselbe geblieben wie bisher. Die Rente setzt sich zusammen aus Grundrente, Schwerbeschädigtenzulage, Ausgleichszulage, Ortszulage und (bei sehr schwer Beschädigten) der Pflegezulage. Dazu kommt bei den Beschädigten ein prozentualer Zuschlag für Kinder und bei den Witwen, welche Kinder haben, die Witwenrente. Auch die Einführung der Frauenzulage entspricht einem Wunsche der Vereinigten Kriegsopferverbände und bedeutet einen erfreulichen Fortschritt.

Der Reichstag hat die Regierungsvorlage nicht unerheblich verbessert. Trotzdem sind die Wünsche und Anträge der Organisationen zum Teil nicht erfüllt worden. Es ist immerhin zu verstehen, wenn die Regierung manchen berechtigten Wünschen Widerstand entgegensetzt, denn die Zahl der notleidenden Volksgenossen ist lawinenartig angeschwollen. Als im 19. Ausschuß des Reichstages Anträge gestellt wurden, welche über die Sätze der Vorlage ganz erheblich hinaus gingen, drohte die Regierung mit ihrer Zurückziehung. Sie unterbreitete die Sache dem „Sparausschuß" und es kam dann zu einem Kompromiß. Die Regierungsvorlage erforderte bei einem Teurungszuschlag von 942 Prozent 950 Milliarden. Die Summe erhöhte sich dann bei einem Zuschlag von 1180 Prozent auf rund 1200 Milliarden. Nach dem Kompromiß konnte diese Summe bis auf höchstens 1500 Milliarden erhöht werden. Die V. S. P. D. ist diesem Kompromiß beigetreten. Sie konnte es nicht verantworten, daß die Vorlage zurückgezogen worden wäre. Auch ist die trostlose Finanzlage des Reiches eine Tatsache, an der nicht vorbeizukommen ist.

Um zu zeigen, wie sich die Renten nach dem neuen Gesetz gestalten, werden nachstehend einige Beispiele angeführt. Hierbei ist der Teurungszuschlag von 2900 Prozent für den Monat Juni zugrunde gelegt:

Ortsklasse A.

Einfache Ausgleichszulage.	monatlich in Mark Rente	Zusatzrente	Zusammen
Ein Kriegsbeschädigter, erwerbsunf., verheir., 2 Kinder, einf. Pflegezulage	397 500	210 000	607 500
Ein Kriegsbeschäd., 50 % erwerbsunfähig, verheir., 2 Kinder	88 560	90 000	178 560
Eine Kriegerwitwe, erwerbsunfähig, 2 Kinder	205 500	150 000	355 000
Eine Kriegerwitwe, erwerbsfähig, 2 Kinder	187 500	150 000	337 500
Eine Kriegerwitwe, erwerbsf., ohne Kinder, über 45 Jahre	93 750	— —	93 750
Eine Kriegermutter	56 250	36 000	92 250

In obigen Beispielen ist die Zusatzrente in Anrechnung gebracht, obwohl diese nicht in jedem Falle gezahlt wird.

In Ortsklasse E sind die Sätze um etwa 5—8 Prozent niedriger, in den übrigen Ortsklassen differieren sie dementsprechend.

Die prozentualen Sätze der Vollrente, die die Eltern, Witwen, Kinder und Waisen bekommen, sind wie folgt geändert worden:

	Hundertsatz bisher	Regierungsvorlage	Beschluß des Reichstages
Witwen, erwerbsunfähig	50	60	60
Witwen, erwerbsfäh. m. mehrer. Kindern	50	50	50
Witwe mit 1 Kind	30	50	50
Witwe ohne Kind., erwerbsfäh.	30	30	30
Kinder	10	15	20
Halbwaisen	15	20	25
Vollwaisen	25	30	40

Eine Kriegermutter gilt jetzt mit 50 Jahren ohne weiteres als bedürftig. Bisher mit 60. Kriegerwitwen erhalten mit 45 Jahren auf jeden Fall 50 Prozent Rente. Mit 50 Jahren 60 Prozent. Die Pflegezulage wurde erhöht auf monatlich 4500 Mk. für einfache, 6000 und 7500 Mk. für schwere Fälle. Das Sterbegeld beträgt in den einzelnen Ortsklassen 15 000 bis 16 500 und 18 000 Mark. Die Vergütung für den Blindenhund wurde festgesetzt auf monatlich 800, 900 und 1000 Mark.

Dazu kommt, wie schon hervorgehoben wurde, in allen Fällen die Teurungszulage (2900 Proz.). Eine Erhöhung erfuhr auch in einigen wichtigen Positionen die Zusatzrente. Bemerkenswert ist auch, daß die Ansprüche der Kriegerwitwen in beschränktem Maße wieder aufleben können, wenn eine solche Witwe heiratet und der Ehemann innerhalb eines Zeitraumes von 10 Jahren stirbt. In diesem Falle kann der Frau die Witwenbeihilfe nach § 40 des Gesetzes gewährt werden. Diese beträgt zwei Drittel der Witwenrente, Voraussetzung ist Bedürftigkeit. Die Zusatzrente wird gewährt, wenn bei einem Beschädigten das Einkommen die Bezüge eines erwerbsunfähigen Rentenempfängers nicht erreicht. Bei einer Witwe die Rente einer erwerbsunfähigen Witwe. Wenn das Einkommen diese Grenze um nicht mehr als 50 Proz. übersteigt, wird die Zusatzrente nur zum halben Betrage gewährt. Bei Witwen erhöht sich die Grenze für jede nicht voll im Erwerbsleben stehende Waise um 30 Prozent. Empfänger von Elternrente erhalten die Zusatzrente auf jeden Fall. Die Bestimmungen über Heilfürsorge wurden erheblich gebessert. Die Ausgleichszulage, die die V. S. P. D. bekämpfte und ablehnte, ist im Gesetz geblieben. Die Kürzungsbestimmungen, die das Ruhen der Rente von einer gewissen Einkommensgrenze an bestimmten, wurden gestrichen. Bei den Beamten erfolgt eine solche Kürzung nach den Bestimmungen des neuen Besoldungsgesetzes.

Lange Auseinandersetzungen und heftige Meinungsverschiedenheiten gab es bei der Frage der Abfindung der Kriegsbeschädigten mit einer Rente von 20 Prozent. Unsere Genossen im 19. Ausschuß hatten dieser Abfindung zunächst im Rahmen des Kompromisses zugestimmt. Die Fraktion stellte sich in ihrer Mehrheit auf einen anderen Standpunkt und lehnte die Abfindung ab. Sie wurde trotzdem von allen bürgerlichen Parteien beschlossen, hauptsächlich aus dem Gesichtspunkt heraus, daß man die nur in beschränktem Umfange zur Verfügung stehenden Mittel in erster Linie für die Bedürftigsten verwenden müsse und daß der kostspielige Verwaltungsapparat, dessen Kosten in keinem Verhältnis zu den geringen Renten stehe, abgebaut werden müsse. Der ablehnende Standpunkt unserer Fraktion wurde in erster Linie begründet mit der Rückwirkung auf die Unfallversicherung, die ja zweifellos im Laufe der Zeit wohl auch eintreten wird. Die Abfindungssumme beträgt 600 000 Mark.

Das Gesetz in seiner Gesamtheit bringt zweifellos für die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen erhebliche Vorteile. Unsere Fraktion hat sich mit aller Kraft für die erzielten Verbesserungen eingesetzt, und ein nicht geringer Teil ist auf ihre Initiative zurückzuführen.

Devisen-Kurse.

Berlin, 27. Juni.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		26. Juni.	25. Juni.
Amsterdam	1 fl.	49176,50	49423,50
Brüssel (Antwerpen)	1 Fr.	6608,—	6642,—
Kristiania	1 Kr.	20847,50	20952,50
Kopenhagen	1 Kr.	22443,50	22556,50
Stockholm	1 Kr.	33460,—	33584,—
Helsingfors	1 finn. Mk.	3476,—	3494,—
Rom	1 Lire	5546,—	5574,—
London	1 £	578550,—	581450,—
Neuyork	1 Dollar	125685,—	126350,—
Paris	1 Frs.	—,—	—,—
Zürich	1 Frs.	22443,—	22556,—
Madrid	1 Pesetas	18653,—	18747,—
Wien	100 Kr.	180,04	180,96
Prag	1 Kr.	3770,—	3789,—
Budapest	1 Kr.	14,96	15,02

Vermischte Nachrichten.

Unfall der [illegible] in der Nähe von Nancois-Tronville, ungefähr 10 Kilometer von Bar-le-Duc, entgleiste der Schnellzug Straßburg—Paris. Personen sind nicht zu Schaden gekommen, dagegen ist das Gleis auf eine weite Strecke vollkommen zerstört.

Sechs Jahre Zuchthaus für einen Postinspektor. Vor dem Schwurgericht München fand Dienstag die Verhandlung gegen den 50jährigen Oberpostinspektor Pfaffinger statt, der beschuldigt war, von 1920 bis zu seiner Verhaftung im Februar 1923 aus den durch seine Hände gehenden Auslandssendungen fremde und deutsche Wertpapiere, Geldsorten, Briefmarken und Warenproben in damaligem Werte von 70 Millionen Mark entwendet zu haben. Die Anklage lautete auf fortgesetzte Urkundenunterdrückung. Pfaffinger wurde zu 6 Jahren Zuchthaus, 1 000 000 Mark Geldstrafe und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Raubzüge von Eisenbahnbeamten. Aus Frankfurt a. M. wird berichtet: Die Fälle, in denen große Diebstähle vom Eisenbahnpersonal verübt werden, mehren sich in letzter Zeit. Gestern wurde wieder ein großer Diebstahl entdeckt: In Honnef kam ein Leerzug an. Das Personal dieses Zuges untersuchte die hier haltenden Güterzüge und entdeckte dabei zwei große Ballen Läuferstoffe, die einen Wert von vielen Millionen Mark hatten. Die Stoffe wurden unterwegs in einem Walde abgeworfen, wo sie die Teilnehmer der Raubzüge später auffanden. Die Untersuchung ergab, daß das gesamte Zugpersonal vom Lokomotivführer bis zum Bremser an den Diebstählen beteiligt war.

Ein neuer Weltrekord in der Autoraserei. Beim Autorennen auf Fanoe stellte der englische Fahrer Zampbell auf einem 350-pferdigen Wagen einen neuen Weltrekord auf, indem er einen Kilometer in 16,41 Sekunden durchfuhr, was einer Stundengeschwindigkeit von 214,230 Kilometer entspricht.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Gegen Sommersprossen (3406

müssen Sie schon jetzt etwas tun. Wir raten 1 Stück Citabol-Bleichwachs zu kaufen und damit die betreffenden Stellen zu behandeln. Sicher erhältlich: Adler-Apotheke, Mengstraße 10.

Drei Soldaten.

Roman von John dos Passos.

Aus dem amerikanischen Manuskript übersetzt von Julian Gumperz.

(Nachdruck verboten. Der Malik-Verlag, Berlin.)

32. Fortsetzung.

Sie legten sich auf die Rasenböschung, die von der Straße zum Teich hinunter führte. Die Straße war durch das hohe Schilf verborgen, durch das der Wind sanft lispelte. Ueber ihnen strömten ungeheure weiße Cumuluswolken, die, übereinander gehäuft wie phantastische Galeonen, vom Winde getrieben, sich langsam in den grünlichen Himmel hineintrieben. Die Wolken spiegelten sich in dem silbrigen Glitzern des Teiches, hin und wieder ragten Grasbüschel aus dem Wasser heraus, einige Blüten trieben auf der Oberfläche. Einige Zeit lagen sie auf dem Rücken, bevor sie sich auszuziehen begannen. Sie sahen hinauf in den Himmel, der ganz weit und frei schien wie der Ozean, weiter und freier als der Ozean. Andrews zog seine Kleider langsam aus.

„Herrlich, die Sonne zu fühlen und den Wind auf dem Körper, nicht, Chris?"

Andrews ging auf den Teich zu und lag flach auf dem Bauch in dem feinen, weichen Gras am Rande. „Es ist herrlich, seinen Körper zu fühlen," sagte er mit träumerischer Stimme. „Die Haut so weich und geschmeidig, und nichts in der Welt fühlt sich so schön an, wie ein Muskel. . . . Was sollte ich tun ohne meinen Körper!"

Chrisfield lachte.

„Schau 'mal, wie mein Knöchel geschwollen ist."

„Chris," sagte Andrews. „Komm weg von diesen stinkigen Uniformen. Du wirst dich wieder wie ein Mensch fühlen, so Sonne auf dem Körper, statt wie ein lausiger Soldat."

„Hallo, Leute!" kam plötzlich die Stimme eines Marketenders.

„Hallo!" antwortete Chrisfield mißmutig und hinkte zum Wasser.

„Wo hast du die Seife?" fragte Andrews.

„Ihr wollt wohl schwimmen, Kerls?" meinte der Marketender. Dann fügte er in überzeugtem Tone hinzu: „Feine Sache."

„Solltest auch 'reinkommen," sagte Andrews.

„Danke, danke. . . Wollt ihr nicht lieber 'n bißchen unter Wasser gehen? . . . Da drüben sehen euch zwei französische Mädchen von der Straße aus zu." Der Marketender kicherte leise.

„Macht nichts," sagte Andrews und seifte sich ordentlich ein.

„Haben das wahrscheinlich gern," warf Chrisfield ein. „Ich weiß, die haben keinen Anstand. . . . Aber trotzdem. . . ."

„Warum sollten sie nicht auf uns schauen. Vielleicht werden nicht mehr viele Leute Gelegenheit dazu bekommen."

„Wie meinst du das?"

„Hast du schon jemals gesehen, was ein kleiner Grantsplitter aus einem menschlichen Körper machen kann?" fragte Andres voller Wut.

Er warf sich in das Wasser und schwamm nach der Mitte des Teiches. Chrisfield folgte Andrews. In der Mitte legte er sich auf eine Sandbank in dem warmen, seichten Wasser und schaute zurück auf den Marketender, der noch immer am Rande stand. Hinter ihm waren andere Männer, die sich auch auszogen, und bald war der grasbewachsene Abhang voll von nackten Männern und gelblich-grauer Unterkleidung. Als Chrisfield heraus kam, fand er Andrews bei seinen Kleidern mit gekreuzten Beinen sitzen. Er griff nach seinem Hemd und zog es an.

„Gott, ich kann mich gar nicht entschließen, das verdammte Ding wieder anzuziehen," sagte Andrews ziemlich leise, fast, als ob er zu sich selbst spräche. „Ich fühle mich so rein; freiwillig wieder Schmutz und Sklaverei anziehen? Ich denke, ich werde nackt über die Felder gehen."

„Heißt dem Vaterlande dienen Sklaverei, mein Freund?"

Der Marketender, der zwischen den Badenden umherstreifte, setzte sich in seiner reinen Uniform und mit seinen gut polierten Stiefeln, die seltsam von der schmutzbedeckten und schweißdurchtränkten Kleidung der Leute um ihn abstach, in das Gras neben Andrews.

„Da hast du verdammt recht, das nenne ich Sklaverei."

„Du wirst Scherereien kriegen, mein Junge, wenn du so redest," sagte der Marketender und senkte die Stimme vorsichtig.

„Nun, was nennst du denn eigentlich Sklaverei?"

„Du mußt immer daran denken, daß du freiwillig für die Sache der Demokratie arbeitest. . . Damit deine Kinder einst in Frieden leben können. . . ."

„Hast du je einen Menschen totgeschossen?"

„Nein, natürlich nicht. . . Doch ich hätte mich zum Dienst gemeldet. Nur meine Augen sind zu schwach."

„Das glaube ich schon, daß deine Augen schwach sind," sagte Andrews, schwer atmend.

„Oh, es muß schrecklich, schrecklich dort draußen sein," fuhr der Marketender fort. „Aber ihr werdet die Geschichte schon bald ins Reine bringen. Ihr werdet den Kaiser in Berlin schon bald aufhängen."

„Ist mir ja ganz schnurz egal . . ."

„Andy, ich werde verrückt, wenn ich nicht bald eine Frau erwische."

„Denkt daran, daß eure Frauen, eure Schwestern und Bräute und Mütter für euch in diesem Augenblick beten."

„Ich wünschte, irgend jemand würde mich in ein reines Hemd 'reinbeten," sagte Andrews und begann seine Kleider anzuziehen.

„Oh, wenn ihr rein bleiben könntet und als unbeschmutzte Sieger zu denen zurückkehren, die euch lieben," murmelte der Marketender.

„Wie lange bist du schon hier drüben?" fragte Andrews.

„Gerade drei Monate." Das schmutzige Gesicht des Mannes hellte sich auf: „Aber diese drei Monate sind mir mehr wert, als alle anderen Jahre meines Lebens. . . . Hier habe ich das große Herz von Amerika schlagen hören. Vergeßt nie, daß ihr an einem großen, christlichen Kreuzzug teilnehmt."

„Du meinst wohl, daß Jesus zugleich mit dem Schwert das Maschinengewehr und das Giftgas auf die Welt mitgebracht hat? Vielleicht tat er es auch," sagte Andrews voll innerer Wut, während er sich hinunter beugte, um seine Schuhe zuzumachen.

„Du meinst das doch nicht wirklich? Du kannst das doch nicht meinen!"

„So, du glaubst also, es sei eine bessere Beschäftigung, Deutsche, die wir nicht kennen, erschießen und sich bei französischen Weibern, die wir auch nicht kennen, Geschlechtskrankheiten holen, als zu Hause das Land zu bebauen und reine Kinder zu zeugen."

„Aber denke doch an die Größe des Opfers. Opfern, das ist der wahre Dienst an Gott!"

„Ja, andere opfern. . . Komm, Chris, wir wollen weitergehen."

Sie verließen den Marketender, der jetzt zwischen den anderen Männern am Rande des Teiches hin und her lief, doch von der Straße her konnten sie noch seine hohe Stimme hören.

„Und so etwas wird dich und mich überleben," sagte Andrews.

„Sag 'mal, Andy, wie viel zahlen sie eigentlich einem solchen Marketender?"

„Weiß nicht."

Sie kamen gerade zur rechten Zeit zum Essen. Alles sprach und lachte, war lebendig geworden vom Geruch des Essens und dem Geklapper der Eßgeschirre. In der Nähe der Feldküche sah Chrisfield den Sergeanten Anderson mit Higgins, dem anderen Sergeanten, sprechen. Sie lachten zusammen, und er hörte Anderson mit seiner tiefen Stimme jovial sagen: „Wir haben diese Zeit durchgemacht, Higgins, wir werden schon weiter durchkommen." Die beiden Sergeanten sahen sich an, warfen einen väterlichen Blick auf ihre Leute und lachten laut. Chrisfield fühlte sich machtlos wie ein Ochse unter dem Joch. Alles, was er tun konnte, war arbeiten und sich anstrengen und stramm stehen, während dieser weißgesichtige Anderson herumlungern durfte, als ob er der Eigentümer der Erde sei. Er hielt seinen Teller vor sich, der Küchensoldat platschte das Fleisch und die Sauce hinein. Er lehnte sich gegen die geteerte Wand, aß sein Essen und sah voll Mißmut hinüber zu den beiden Sergeanten, die lachten und sprachen, während die Leute ihrer beiden Kompagnien wie Hunde eilig ihr Essen herunterschluckten. Chrisfield blickte plötzlich zu Anderson hinüber, der im Gras hinter dem Hause saß, über die Weizenfelder hinausschaute, während der Rauch seiner Zigarette in Spiralen über sein Gesicht und sein Haar hinaufstieg. Er sah friedlich aus, fast glücklich. Chrisfield ballte die Fäuste und fühlte Haß gegen diesen Menschen stechend in sich aufsteigen.

„Habe den Teufel in mir," sagte er.

*

Die Fenster waren so nahe dem Grase, daß das schwache Licht, welches in die Hütte hineinsickerte, eine grünliche Färbung annahm. Das gab den braunen Gesichtern das kränkliche Aussehen von Leuten, die in Bureaus arbeiten. Schwalben hatten oben unter dem Dach ihr Nest gebaut, ihr Unrat lag auf dem Fußboden in weißen Flecken, und jetzt, da alle fort waren, konnte Chrisfield klar das Piep, Piep der kleinen Schwalben in ihren Nestern hören. Er saß regungslos auf dem Ende einer der Bettstellen, sah hinaus durch die offene Tür, in die blauen Schatten hinein, die größer und größer auf dem Grase der Wiese zu werden begannen. Seine Hände hingen unbeweglich zwischen seinen Beinen. Er pfiff lässig durch die Zähne. Seine Augen schauten unter ihren langen Wimpern in die Ferne, obwohl er nichts dachte. Er fühlte ein wohliges Behagen um sich. Es war angenehm, allein in den Baracken zu sein, wenn die anderen draußen üben müßten. So würde niemand Befehle in ihn hineinschreien. Eine warme Müdigkeit überkam ihn. Sein Kopf fiel hinunter auf die Brust.

(Fortsetzung folgt.)

Amtlicher Teil

Arzneitaxe.

Auf Grund des § 80 der G.O. und des § 2 der M.O. wird verordnet:

Die in Nr. 2 der allgemeinen Bestimmungen der deutschen Arzneitaxe 1923, sechste abgeänderte Ausgabe, festgesetzte Staffelung der Zuschläge auf den Einkaufspreis wird durch die folgende ersetzt:

bis zu 3000 Mk. ein Zuschlag von 100 v. H.,
von mehr als 3000 Mk. bis zu 4000 Mk. ein Zuschlag von 3000 Mk.,
von mehr als 4000 Mk. bis zu 7200 Mk. ein Zuschlag von 75 v. H.,
von mehr als 7200 Mk. bis zu 9000 Mk. ein Zuschlag von 5400 Mk.,
von mehr als 9000 Mk. ein Zuschlag von 60 v. H.

Lübeck, den 27. Juni 1923.

3336) **Der Gesundheitsrat.**

Nichtamtlicher Teil

Gesucht zu sofort ein ordentliches (3432
Mädchen
für Haus- und Gartenarbeit.
Frau **W. Kamerichs**, **Arfrade bei Lübeck.**

Tüchtiger (3435
Fahrrad-Schlosser
gesucht
Herm. Haase,
Fahrradhaus, Rückniß.

Beruftg. Mädchen sucht einfach möbliertes Zimmer. Ang. unter **A 963** an die Exp. d. Bl. (3412

Zimmer mit 2 Betten für einige Wochen im Juli von 2 Herren gesucht. Ang. mit Preis pro Woche unter **A 967** an die Exp. d. Bl. (3431

Gutgehende Nähmaschine zu verkaufen. (3414
Zu erfr. Engelsgr. 75, II.

Kleiner Kinderwagen zu verkaufen. (3427
Schwönekenquerstr. 4.

2 gut erhalt. Trittnähmaschinen, Singer, 500 000 Mk., Grützner, 200 000 Mk. zu verk.
Beckergrube 44, Hof.
3426)

2 Persenninge gegen Herren-Fahrrad zu tauschen oder zu verkaufen. Ang. unt. **A 968** an die Exp. d. Bl. (3434

Klappsportwagen ohne Verdeck gegen Kartoffeln zu tauschen gesucht. (3418
Marlistraße 9a, III.

Eine Glucke mit Küken zu verkaufen. (3420
Näh. Friedenstr. 9.

Hübscher junger Hund billig zu verkaufen, (3433
Füchtingstraße 1, I.

Kinderwagen, wenn auch reparaturbedürftig, gesucht. Ang. mit Preis unter **A 966** an die Exp. d. Bl. (3425

Gut erhalt. Oberbett zu kaufen gesucht. Ang. unt. **A 964** an die Exp. d. Bl. (3413

Kleines Kind wird in gute Pflege genommen. Näheres unter **A 965** an die Exp. d. Bl. (3415

Lederne Schuhe aller Art
F. W. Tietz, Pelzerstr. 24, p.
Fernruf 943. (3417

Anzeigen,
die in der an dem betr. Tage erscheinenden Nummer des **„Lübecker Volksboten"** veröffentlicht werden sollen, müssen **bis 11 Uhr vormittags**
in unserer Geschäftsstelle aufgeliefert sein; größere Anzeigen erbitten wir tags vorher.
Die Geschäftsstelle des Lübecker Volksboten.
Johannisstr. 46.

Ankauf von Gold-, Silb.-Bruch, Platin. (3404
Uhrmacher **Hübner**, **Fünfhausen 13.**

Leder
Lederausschnitt
Ersatzsohlen in haltbaren Fabrikaten
Alle Schuhmacher-Artikel
C. Grimm Nachfl.,
Lederhandlung und Schäftefabrik. (3400

Mk. 800.—
zahle ich für
Rot- und Weißweinflaschen.
Hotel Weidenfeller.
Obertrave 5. (3416

Künstliche
Gebisse,
einzelne Zähne
kauft ständig
Goldschmied
Tollgreve
92 Königstraße 92
Kostenlose Auskunft.
3419

Steppdecken
Anfertigung u. Neubeziehen. Spethmann
Breite Str. 31. Fernsp. 8659
(3321)

J. H. Pein
Lübeck
Markt 10/12
Breite Straße 64/66.
Das bekannte Kaufhaus für (3166
Arbeiter-Garderoben,
Berufskleidung,
Herren-Konfektion,
Knaben-Konfektion.
Erstkl. Manufakturwaren.

Visitenkarten
fertigt an die
Buchdruckerei von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

77 Hüxstraße 77
Baumwollwaren
3437 jeder Art
immer noch **weit unter** den heutigen **Tagespreisen.**
77 Hüxstraße 77
J. Wilstermann & Co.
77 Hüxstraße 77

Kaufe ständig
Gold-, Silber-, Platin- und Brennstifte, einzelne Zähne.
C. Porté,
Goldschmied,
Breite Straße 25, Ecke Pfaffenstraße,
Eingang: (3428
Breite Straße 25, Laden.

Geschäftsbücher
Schreibblocks
Rechnungsblocks
Quittungsblocks
Kuverts
Klebemarken
Garderobenblocks
Kellnerbonsbücher
Tinte, rot u. schwarz
Leim, gute Qualität
Bleistifte, Kopierstifte
Federn, Federhalter
zu haben in der (3276
Buchhandlung Lübecker Volksbote.

Sport und Spiel
Ausrüstung und Kleidung zur Erlernung und zum Vertrieb aller modernen Sportarten

Unter Mitwirkung von Sportbehörden herausgegeben von Dr. Wilhelm Kranzler
Zu beziehen durch die Buchhandlung Lübecker Volksbote.

Prima Kernleder-Sohlen.
26 Beckergrube 26. (3163

Jede Warenentnahme im Konsumverein stärkt die Selbsthilfe der Verbraucher gegen Uebervorteilung!
1266b

Felle
Haare
kaufen laufend
Gebr. Wagner,
Tel. 3414
Dankwartsgrube 26.
3360) Holstenstr. 8.

Hüxstr. 63 Hüxstr. 63 Hüxstr. 63

Geschäftsverlegung!

Unserer werten Kundschaft von Lübeck und Umgebung zur Kenntnis, daß sich unsere Geschäftsräume zum Ankauf von

Gold- und Silber-Bruch sowie Edelsteinen von
Mittwoch, den 18. Juli 1923
Hüxstraße 63, 1. Etage, befinden.

Umzugshalber bleibt das Geschäft vom 27. Juni bis 18. Juli geschlossen.

A. Frick, Uhrmacher und Juwelier,
Hüxstraße 63, I. (3421

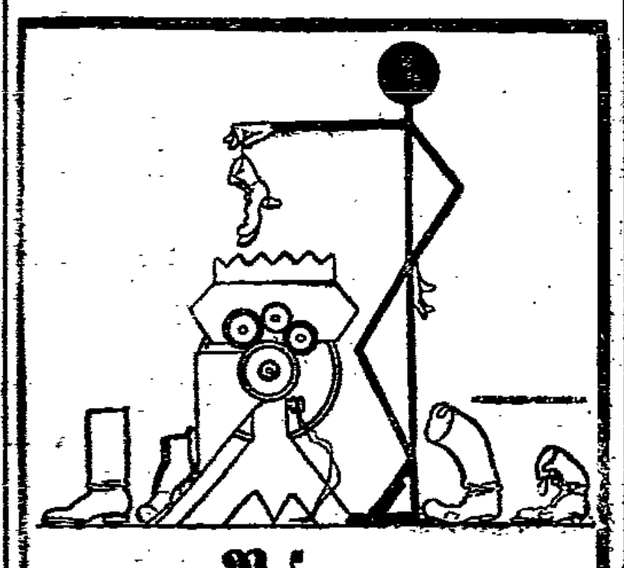
A. Frick, Uhrmacher u. Juwelier. A. Frick, Uhrmacher u. Juwelier.

Hüxstr. 63 Hüxstr. 63 Hüxstr. 63

Alt-Eisen, alte Maschinen Dampfkess. j. Art
Huf- u. Schmiedeeisen,
Späne-, Schmelz-Gußbruch.
Alt-Metalle,
Kupfer,
Messing, Zink
Blei, Stanniol,
Späne
L. Lissianski,
Kanalstr. 21 Obertrave 19.
Großhandel. Fernspr. 876. Kleinhandel.
Felle, Tierhaare, Papier usw. kaufe laufend ab jed. Ort jeden Posten. — Beste Absatzquelle für Händler, Klempner, Schmiede.
Fabrikationsbetriebe.
3402

Das auf Parteitagsbeschluß angefertigte
Partei-Abzeichen
in Form einer schmuckvollen metallenen Ansteckнadel ist in der Buchhandlung Lübecker Volksbote zu haben. Das Wahrzeichen der Sozialdem. Partei trägt jeder überzeugte Genosse!

61 Glockengießerstraße 61
die beste Absatzquelle für
Lumpen, Eisen, Metalle, Papier, Akten usw.
Günstig für Schlosser, Klempner u. Schmiede.
Fernruf 2751. **Erdmann,** Fernruf 2751.
3425



Reform-Schuhwaren-Reparatur und Stepperei
mit separatem Warteraum.
Spezialität:
Gummisohlen und Absätze.
Robert Jentzen
Hüxstraße (12975
50
Fernspr. 2873. Fernspr. 2873.

Garantiert konkurrenzlos
billig
kaufen Sie
Ledersohlen
Gummisohlen
sowie alle Artikel dieser Branche bei
Dahlke & Krüger, Lederhandlung,
Königstraße 93. (3408

Adlershorst Jeden Donnerstag (3401 **Ball**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck
3428
Betriebsräte- und Vertrauensmänner-Versammlung
am Donnerstag, 28. Juni
abends 7 Uhr
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Eisenbahner-Verband.
Ortsgruppe Lübeck.
(3424
Heute abend
7½ Uhr:
Sitzung
der
Betriebsräte und Vertrauensleute
im Gewerkschaftshaus.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Verkehrsbund
Ortsverwaltung Lübeck.
(3430
Versammlung
der Kohlenakkord- u. Platzarbeiter
am Donnerstag, 28. Juni
abends 7½ Uhr
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
Bericht der Lohnkommission
Die Ortsverwaltung.

Café Bernhardt
Fackenburger Allee 9.
Täglich nachm. (3256) u. abds.: **Konzert.**

NG B. L. e. V. **Notgemeinschaft für Bestattungen e. V. Lübeck.**

Gemeinschaft. Sitzung
vom Vorstand und Kontrollausschuß
am Freitag, d. 29. Juni
abends 7½ Uhr
in der Geschäftsstelle, Hundestraße 49/51.
Der Vorsitzende des Kontrollausschusses

Eintrittsgeld und Beiträge werden den Teuerungsverhältnissen angepaßt werden.

Darum ist allen zu empfehlen, möglichst sofort den Beitritt anzumelden. (3429

Fledermaus
Anfang 8 Uhr.
3408)

Trocadero.
Schüsselbud. 4. F. 787
Täglich ab 5 Uhr nachmittags:
Stimmungs-Konzerte.
3407

Hansa-Theater.
Heute Mittwoch 8 Uhr:
Zum letzten Male:
Wie einst im Mai.
Fritz Jüterbogk — Emil von Dollen.
Donnerstag und Freitag 8 Uhr:
Des enormen Erfolges wegen (3411
Alt-Heidelberg.
Karl-Heinz — Emil v. Dollen.
Sonnabend 8 Uhr:
Zum ersten Male
Dummelstudenten

Lübecker Volksbote

1. Beilage. Mittwoch, 27. Juni 1923. Nummer 147.

Freistaat Lübeck

Mittwoch, 27. Juni.

Die Not.

Ein schlimmres Unglück als der Tod
der liebsten Menschen ist —die Not!
sie läßt nicht sterben und nicht leben,
sie streift des Lebens Blüte ab;
streift, was uns Liebliches gegeben,
vom Herzen und Gemüte ab.

Friedrich Bodenstedt.

Kalte Sommer.

Die bekannten „ältesten Leute", die sich nie erinnern können, jemals einen so miserablen Sommer erlebt zu haben, haben diesmal recht. Es ist in der Tat sein Menschengedenken in Mitteleuropa kein Sommer vorgekommen, der so völlig ohne Wärme und Sonnenschein gewesen wäre wie der diesjährige. Sucht man in der mitteleuropäischen Witterungsgeschichte nach Analogien dafür, so muß man weit über den Zeitraum zurückgehen, den die lebende Generation selbst gesehen hat und aus der Witterungsgeschichte die mutmaßlichen Gründe für einen solchen abnormen Sommer abzuleiten versuchen. Aber auch früher hat es lange Reihe von Sommern gegeben, die zu kalt waren. Die schlimmste derartige Periode war die von 1730 bis 1747, in der nicht weniger als 18 kühle Sommer ununterbrochen aufeinander gefolgt sind. Auch die Neuzeit hat eine bemerkenswert lange Reihe kühler Sommer erlebt: die Sommer von 1881 bis 1888. Während der letzten 200 Jahre sind nicht weniger als sechsmal je vier kühle Sommer unmittelbar aufeinander gefolgt. Je drei kühle Sommer folgten sich viermal, je zwei siebenmal. Das ist ja auch in diesem Jahre der Fall; denn der Sommer 1922 muß ebenfalls zu den kühlen gerechnet werden.

Naturgemäß waren die Sommer auch in den langen Perioden unmittelbar aufeinander folgender Kühle nicht alle gleich schlecht. Die achtjährige Periode von 1881 bis 1888 hat beispielsweise keinen einzigen Sommer gebracht, dessen Mitteltemperatur unter 17 Grad Celsius lag. Es ist dies jeweils das Mittel aus der Monatstemperatur der Sommermonate Juni, Juli und August. Weitaus schlimmer war die ganz lange Serie kühler Sommer von 1730 bis 1747. Fünf Jahre hintereinander, von 1731 bis 1735, lag das Temperaturmittel des Sommers unter 15 oder unter 16 Grad Celsius, während der ganzen langen Periode überschritt die Sommertemperatur nur zweimal um ein wenig 17 Grad Celsius. Es kann wohl keinem Zweifel unterliegen, daß so anhaltende Perioden sommerlicher Kühle bestimmte, vermutlich kosmische Ursachen gehabt haben müssen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird in solchen Zeiten eine starke Trübung der Atmosphäre geherrscht haben, durch die die Intensität der Sonnenstrahlung verringert gewesen ist. Merkwürdigerweise waren in jener achtzehnjährigen Periode kühler Sommer die meisten Winter warm, und zwar regelmäßig alle Winter nach den besonders kühlen Sommern. Das ist ohne weiteres einleuchtend: die starke Trübung der Atmosphäre, die im Sommer die Erwärmung durch die Sonnenstrahlen verhindert, verhütet im Winter die Ausstrahlung der Wärme in den Weltenraum. Wahrscheinlich dringt in solchen Jahren auch kosmischer Staub in größeren Mengen bis in die oberen Schichten der Atmosphäre und erzeugt infolge der durch ihn gebildeten Kondensationskerne viel Wolken. Ja, man geht heute sogar soweit, die Ursache der auf andere Weise nicht befriedigend zu erklärenden Eiszeiten auf eine allgemeine Abkühlung der Erdoberfläche durch Verringerung der Strahlungswärme der Sonne zurückzuführen, und zwar in sehr lange, Tausenden von Jahren umfassenden Perioden. Man müßte dazu allerdings annehmen, daß unser Sonnensystem während dieser Zeiten Gebiete durcheilt hat, die mit dunklen, kosmischen Nebeln von ungeheurer Ausdehnung angefüllt sind. Diese Möglichkeit ist durchaus gegeben und wird von den Astronomen gerade in jüngster Zeit mehr als je in den Kreis ihrer Berechnungen gezogen.

Abermalige Erhöhung der Postgebühren.

Die jetzt geltenden Postgebühren erfahren bekanntlich zum 1. Juli eine Verdreifachung. Dieselbe Erhöhung wird aber bereits nochmals zum 1. August angekündigt. Schon hat die Reichspostverwaltung den Tarifausschuß des Verkehrsbeirats einberufen, um ihm eine neue Gebührenerhöhung auf der Grundlage eines Fernbriefes von 1000 Mark und der Fernpostkarte von 400 Mark ab 1. August vorzuschlagen. Der Brief im Ortsverkehr soll sich dann auf 400 Mark, die Postkarte auf 200 Mark stellen. Die Telegrammgebühren werden sogar vervierfacht, sodaß das Wort dann 800 Mark kosten soll. Die Fernsprechgebühren werden eine 3½fache Erhöhung erfahren und das einzelne Gespräch sich statt auf 150 auf 500 Mark belaufen.

*

Wie sehr in Zeiten der katastrophalen Markentwertung der Weizen des Schieber- und Spekulantentums blüht, dafür liefert der Berliner Telegrammverkehr in den jüngsten kritischen Markttagen ein Beispiel. Während in Groß-Berlin am Tage durchschnittlich 80 000 bis 90 000 Telegramme aufgeliefert werden, wurde am 22. Juni der bisherige Höchststand an aufgelieferten Telegrammen in Berlin mit 154 262 erreicht. Dabei gaben einige der Auflieferer mehrere hundert, andere sogar mehrere tausend Telegramme gleichzeitig auf.

Die neuen Lohnklassen der Angestelltenversicherung

sind nunmehr wie folgt festgesetzt worden:

Klasse	Jahresarbeitsverdienst bis zu	Monatsbeitrag pro Monat	Inv.-Betrag wöchentl.
13	2 160 000	5 000	800
14	4 320 000	10 000	1 400
15	6 480 000	17 000	2 000
16	8 640 000	24 000	2 800
17	11 880 000	32 000	3 600
18	15 120 000	42 000	1 800
19	19 440 000	54 000	6 000
20	23 760 000	68 000	7 800
21	29 160 000	82 000	9 200
22	35 640 000	100 000	11 000
23 über	35 640 000	124 000	14 000

Für die Klassen 1 bis 12 gelten bis auf weiteres die Sätze der 13. Gehaltsklasse, jedoch bleiben für Lehrlinge und jugendliche Angestellte bis zum vollendeten 18. Lebensjahre die Gehaltsklassen 8 bis 12 mit der Maßgabe bestehen, daß, wenn deren Jahresarbeitsverdienst den Betrag von 144 000 Mark nicht erreicht, solche Versicherte der Gehaltsklasse 8 zugeteilt werden.

Aufgezogen.

Dreißig Zentner Preßkohle standen uns zu. Wir überlegten lange, ob wir sie abnehmen sollten, wegen der großen Geldausgabe. Aber dann kam uns der Kohlenhändler ein wenig entgegen, und eines Tages stand der Wagen vor der Tür, und ein Begleitmann machte sich daran, den schwarzen Segen abzuladen, während ein anderer auf dem Wagen verblieb und abwog. Nach einigen Kiepen geriet der Träger, der fleißig und unermüdlich schleppte, in Schweiß. Es ist immer ein peinliches Gefühl, wenn man untätig zusieht, wie ein anderer sich quälen muß, ohne daß man eine Möglichkeit hat, ihm seine Arbeit abzunehmen oder auch nur zu erleichtern. Aus diesem Gefühl heraus sagte ich nach einiger Zeit zu dem fleißigen Mann: „Na, nun haben Sie ja auch den größten Teil geschafft!" Da blieb der Mann einen kleinen Augenblick stehen und erwiderte: „Ach, das ist man schon so gewöhnt. Morgens wird man aufgezogen, und dann läuft das den ganzen Tag so ab. Das ist alle Tage so!". Er sagte das gar nicht unfreundlich, aber in seiner Stimme war tief verborgen die unsägliche Hoffnungslosigkeit, die da sagen wollte: „Was nützt das alles? Man arbeitet und arbeitet von morgens bis abends ohne Ende und Ziel. Wozu? Warum? Wer will das sagen?". Und mit diesem einen Wort, das dieser Mann ohne Zögern klar und bewußt aussprach: „Aufgezogen!" offenbarte er die Tragik der modernen Arbeit überhaupt. Wird denn nicht jeder von uns, die wir irgendwo und wie trotz des so oft und so kräftig betonten Individualismus doch nur ein Rädchen oder ein Hebelchen in dem riesengroßen Mechanismus sind, alle Tage früh morgens aufgezogen und rattelt brav sein Pensum herunter? Alle Tage so, Wochen, Monate, Jahre, bis der Mechanismus abgenutzt ist. Und immer wieder tauchen dann die Fragen auf: Wozu? Warum? Nur soviel wissen wir bis heute: Jede Arbeit ist Pflicht, und jenseits dieses harten Muß, das achtmal von dem Zeiger umkreist wird, liegt die Freiheit, jene kargen Stunden zwischen Arbeit und Schlaf, um die wir bisher gekämpft haben und in Zukunft noch weiter werden kämpfen müssen, die Freiheit, die uns allen die Möglichkeit gibt, zu unserem eigensten besten Selbst zu gelangen.

Walter Trojan.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

Nach dem Beschluß des Reichsrats vom 23. Juni sind unter Zustimmung der Reichsregierung die Höchstsätze der Erwerbslosenfürsorge vom 25. Juni 1923 ab um 80 % erhöht worden.

Dem entsprechend betragen die jetzigen Höchstsätze:

	in den Orten der Ortsklassen A	B	C	D u. E
1. für männliche Personen:				
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben . . .	9000	8400	7700	7100 M.
b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines anderen leben	7900	7400	6800	6300 M.
c) unter 21 Jahren	5500	5100	4800	4400 M.
2. für weibliche Personen:				
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben . .	7900	7400	6800	6300 M.
b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines anderen leben	6600	6100	5700	5200 M.
c) unter 21 Jahren	5000	4600	4200	3900 M.
3. als Familienzuschläge für:				
a) den Ehegatten	3300	3200	3000	2800 M.
b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige	2600	2400	2300	2100 M.

In einer Woche 39 Proz. Steigerung.

Die „Industrie- und Handelszeitung" schreibt: Im Zusammenhang mit dem neuen Kurssturz der Mark haben die deutschen Großhandelspreise in der abgelaufenen Woche eine ganz außerordentlich starke Erhöhung erfahren. Die Anpassung der Preise an die Bewertung der Devisen ist bereits so stark, daß bei fast allen Notierungen die Höchstkurse am 18. und 19. Juni, den Tagen des Dollarhöchststandes, erreicht wurden. Das deutsche Großhandelsniveau entspricht einem Dollarstande von etwa 110 000.

Infolge der weitgehenden, zu Ende des Monats zu erwartenden Anpassung der Löhne an die Teuerung und der in Aussicht stehenden Kohlenpreiserhöhung dürfte auch in der kommenden Woche die starke Aufwärtsbewegung der Großhandelspreise noch nicht zum Stillstand kommen.

In der abgelaufenen Berichtswoche (beginnend mit Sonnabend, dem 16., und endend mit Freitag, dem 22. Juni) hat sich der Großhandelspreisindex der „Industrie und Handelszeitung" von 19 101 auf 26 553, also um 39 Prozent erhöht.

Beihilfen aus dem Invalidenfond. Durch Senatsverordnung sind die Bewilligungen und Auszahlungen von Beihilfen aus dem Invalidenfond an Teilnehmer des Krieges 1870/71 und sonstiger früherer Kriege vom Polizeiamt auf das Wohlfahrtsamt übergegangen. Die Juliheihilfen sind schon im Wohlfahrtsamt (Zimmer 13) abzuholen. Neue Anträge sind in den Bezirksstellen des Wohlfahrtsamtes zu stellen. Das erforderliche ärztliche Attest über dauernde gänzliche Erwerbsunfähigkeit kann durch Vermittlung des Wohlfahrtsamtes kostenlos besorgt werden.

Der Redner.

Mutter Hoppe hatte ihren Jungen zu Bette gebracht. Er war gekommen, wie jetzt immer, erschöpft, wie ausgepumpt. Mit Augen, die in die Ferne sahen. Er war aufs Bett gesunken. Sie hatte ihm mit zittrigen Fingern die Schuhe ausgezogen.

„Awr du ooch immer, mit deiner Rederei zu d'n Dett'n! Laß se doch nur. — Da muß de doch deine Nerven gabbutt machn. Mei guder Junge! — Laß se doch alleene werg'n. — Nee, wie de een bloß anguckst! — Das gann een ja in d'r Seele weh dun. — Mei Junge! — Nur ruhig, — immer Ruhe. — So — so —

Nun lag er still. Die Hand der Mutter leicht über Haar und Stirn. Die harte, welke Hand. Immer ruhig. — Immer über Haar und Stirn. — —

Er hatte zu Menschen sprechen wollen, und er hatte zu Leuten gesprochen, die sich für „das Thema interessierten". Wie sie das machten? Nun, sie lasen, dachten, diskutierten. Er hatte zu Leuten gesprochen, die den Mann kennenlernen wollten, der da sprach. Zu solchen, die ihre Für und Wider fertig im Kopfe hatten. Zu denen, die sich „orientieren" wollten oder allein nicht weiter fanden. Zu solchen, die „dabei sein" mußten.

Was kümmerte es ihn. Er sprach zu dem Menschen! Er wollte ihn herausholen aus ihnen allen. Diese Stunde sollte sie lebendig machen, alle! Wenigstens einmal eine Stunde sollten sie Brüder sein im Fühlen, Denken. Und dann sollte sie später einmal aufsteigen in ihnen, diese eine Stunde. Irgendwann einmal, wenn sie in Not standen in dieser Strafanstalt, dieser Büßerkolonie, diesem Leben. Und dann sollten sie erinnern, daß sie einmal „Bruder" fühlten. —

Er begann ruhig, hart, spröde. Er stellte Tatsachen hin, die man kannte oder nun interessiert erfuhr, während seine Seele vibrierte, fieberte. Immer mehr näherte er sich seinem inneren Kern. Scheu, schamvoll sprach er sich langsam in sich ein, und es kam ihm von innen langsam, zaghaft entgegen. Da riß er es an sich, gewaltsam, inbrünstig, wie das Geliebteste. Nun floß es, den Worten ein und wurde Leben! Das Leben, sein Leben, das Leben aller!

Er sagte: Leid. Und da erstand es vor ihnen allen. Sie sahen den schweren Zug der Grauen, Kummervollen, Gebeugten, und sich selber mitten drin. Er sprach: Mutter. Und sie sahen es sich winden auf armen Lager. Auf Lumpen, Papier in Schmerzen sich krümmen, von Schwäche halberstickte Schreie hinflackern. Hörten das Stöhnen, Röcheln der Erschöpfung und Befreiung zugleich. Hörten den ersten schwachen Schrei der Geschöpfe und fühlten derenhilflose Verlassenheit, die auf Stunden geborgte Anwesenheit in einer grauenhaften Welt. Sahen das bleiche Grau versiegter Brüste und Augen über ihnen stehen, stumpfen Blickes, der selbst Weh nicht mehr sichtbar machen kann. Sie fühlten sich [illegible] werden und er führte sie mit dem Leid Europas. Er goß übervoll, und sie fühlten es über sich hinausquellen. Eine Flut. Und die riß mit fort die Ueberlegenen, Ueberlegenden mit dem Für und Wider. Es überstieg sie alle. Hilf! Wir versinken.

Und nun führte er sie langsam heraus und dämmte die Flut. Er sagte: Wir alle. Und er sagte: Brüder. Nun waren sie in der neuen Welt, der Künftigen. Und er sprach nun die Worte, die alle kannten, die alle tausendmal gehört hatten: „Frei sein", und „Freude" und „Menschheit". Worte, die ihnen nun Träger werden konnten zum Weg. Dem: Weg?! Konnte er den weisen? Er wollte nur spannen, lebendig machen und stauen die Kräfte zum Weg. Denn den wies die Not und trieb der Trieb. Und der Trieb sollte Treiber sein! Der aus ihnen selbst und aus dem eigenen, aus dem ganzen Menschen, unter seines ganzen Lebens Weh und Sonne gewachsene Treiber. — —

Er bäumte sich auf. Die Augen öffnen sich weit. Das weiche Licht der Lampe. Und da gleich wieder die liebe, harte, welke Hand. Gleich wieder übers Haar. So — so —. Da wieder auf der Stirn — so —. Die Augen fallen zu. —

Ach! und wieder — ja — die Diskussion! Das Schnarren „wir danken dem Herrn Referenten" — und wir treten nun in die Diskussion ein": „wie der Herr Referent ganz richtig bemerkte" — „aber trotzdem" — „doch indessen" — „interessiert es doch zu wissen" — „wie denkt sich der Herr Referent eigentlich die Verwirklichung dieser — —". Immer das gleiche. Er stürzt hinaus. Er weiß, die Freunde führen die „Diskussion". Sie fechten gut, die Freunde. Und er weiß, es wird alles in Anstand abgehen. Man zahlte ja kein Eintrittsgeld. Na also. —

Und es kommt über ihn: „Verwirklichung?!" Hier wird nicht „ver"wirklicht. Nichts gewirklicht. Es wirklicht sich! Schaut um euch! Ihr Klugen! Es wirklicht! So wie die Pflanze nicht gewachsen wird, sondern wächst! Schaut um euch! Es wirklicht sehr! — —

Immer noch streicht welke Hand über weiches Haar, heiße Stirn. Es ist Gebet. — Ein tiefer Atemzug — wieder — wieder. — Er schläft.

Lampe wird gelöscht. Ein Trippeln geht zur Tür. Verschlurft auf dem Korridor. Wind spielt mit dem Fenstervorhang, streift den Schlafenden. — Es wirklicht sehr. — —

Fried Witiber.

Der Geruch des Menschen. Unser Riechvermögen ist bekanntlich viel schwächer als das vieler Tiere. Das Wild wittert den Jäger auf weite Entfernung. Der Hund ist ein ausgesprochenes Nasentier, er unterscheidet die Menschen viel mehr mit der Nase als mit den Augen. Noch die höheren Affen haben ein viel ausgebildeteres Geruchsorgan als der Mensch. Wir merken nur wenig von den Gerüchen, welche durch gewisse Absonderungen der Hautdrüsen bei Gemütsbewegung entstehen. Der Geruch, der bei freudiger Ueberraschung entsteht, ist ein ganz anderer als der Geruch, den der Körper infolge von Furcht oder Schreck ausströmt. Die Menschenrassen haben ihre eigentümlichen Gerüche und Düfte, aber nicht alle Menschen vermögen sie wahrzunehmen, wenn sie nicht gerade in Häufung auftreten, etwa bei Menschenansammlungen im geschlossenen Raum. Die charakteristischen Riechzellen in den Nasenhälften anderer Wirbeltiere sind beim Menschen nur noch rudimentär vorhanden. Beim Embryo sind sie noch festzustellen, aber später verlieren sie sich. Der Mensch ist eben infolge seines aufrechten Ganges zum Augentier geworden. Je mehr der Gesichtssinn an Wichtigkeit gewann, desto mehr ist der Geruchssinn zurückgegangen. Die Natur hat ein Sparsamkeitsprinzip; sobald eine Funktion mehr oder minder überflüssig wird, weil eine andere ihre Leistung übernimmt, geht sie von selbst zurück. So ist ja auch, nachdem die Hände Organe zum Greifen geworden sind, die frühere Greiffunktion der Kiefer zurückgegangen. Die Kiefer wurden kürzer, die Zähne kleiner und näher aneinander gerückt, und sie zeigen vielfach Entartungsmerkmale.

Das Salz in unserer Nahrung. Das Kochsalz ist der einzige Körper, den wir direkt aus dem Mineralreiche für unsere Ernährung verwenden. Die Salzversorgung ist deshalb oftmals eine schwierige Aufgabe, und wo man auf das Salz aus dem Meere angewiesen ist, geraten die im Innern eines Landes lebenden Stämme oft geradezu in Abhängigkeit von den Küstenbewohnern, weil diese über das Salz verfügen. Die Salzfrage hat daher vielfach schon blutige Fehden hervorgerufen. Merkwürdig ist, daß der Salzbedarf der Völker recht verschieden sein kann. Die rein vegetarisch lebenden Völker sind stets auf Salz sehr gierig. So genießen die Malayen, die sonst keine Salzliebhaber sind, doch den Reis trotz seines hohen Natrongehalts lieber mit Salz. Fleischessende Völker dagegen können ganz ohne Salz auskommen, wie dies bei den südamerikanischen Gauchos und bei sibirischen Volksstämmen wiederholt festgestellt wurde. Der natürliche Fleischsaft enthält Kochsalz in einer zwar geringen, aber ausreichenden Menge, das gleiche gilt vom Blute, das von den fleischessenden Naturvölkern sehr geschätzt wird. Unter den Tieren gilt die gleiche Regel. Fleischesser machen sich nichts aus Salz, während Pflanzenfresser Salzlaken gierig annehmen. Das entblutete Fleisch, aus dem der Kulturmensch seine Nahrung nimmt, ist kochsalzarm, es bedarf daher erst eines Salzzusatzes, doch nicht zuviel. Der gesunde Mensch, der über normale Nieren verfügt, entledigt sich einer überschüssigen Salzmenge leicht, indessen liegt die Verführung einer starken Wasserzufuhr, um das Salz herauszuspülen, immer nahe, und das sollte der körperlich arbeitende oder gar sportlich tätige Mensch, dessen Nieren bereits genügend beansprucht sind, vermeiden.

Aushang von Preisen in Lebensmittelgeschäften. Das Nachrichtenamt schreibt uns: Immer wieder ist festzustellen, daß Lebensmittelgeschäfte den Vorschriften wegen Aushang von Preisen in ungenügender Weise nachkommen; es wird darüber geklagt, daß die Preisverzeichnisse nicht vollständig oder nicht gut lesbar seien usw. Die Beamten des Polizeiamts sind angewiesen, auf genaue Durchführung der einschlägigen Verordnungen, welche im Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 55 und 77 vorigen Jahres enthalten sind, zu achten und gegebenenfalls Strafanzeigen vorzulegen.

Das neue Tausendmarkstück. Dem Reichsrat wird demnächst der Entwurf eines Tausendmarkstückes vorgelegt werden im Stile der Zweihundert- und Fünfhundertmarkstücke. Die neue Münze dürfte einen etwa Millimeter größeren Umfang haben, als die sogenannten Verfassungstaler. Anfang Juli soll auch ein Fünfhunderttausendmarkschein herausgegeben werden und zwar in blaugrüner Farbe.

Die neuen 500 000-Mark-Scheine sollen am 3. Juli in den Verkehr gebracht werden.

Für die Einreise in das besetzte Gebiet gelten zurzeit folgende Vorschriften: Wer vom unbesetzten in das besetzte Gebiet reisen will, muß die Genehmigung beim Oberdelegierten der zu bereisenden Zone beantragen. Der Antrag muß das Ziel, den Beginn und die Dauer der Reise, den Ort der Ein- und Ausreise und den geplanten Reiseweg, sowie die Adressen derer enthalten, bei denen man absteigen will oder die Auskunft zu erteilen vermögen. Beizulegen sind zwei Lichtbilder, Personalausweise und Aufenthaltsurkunde. Ein Ausweis kostet 8000 Mark.

Tarifverhandlungen in der Seeschiffahrt. Zwischen dem Zentralverein Deutscher Reeder e. V. und den im A. f. B. zusammengeschlossenen seemännischen Berufsverbänden wurde folgende Vereinbarung getroffen: 1. Mit Wirkung ab 1. Juni d. J. werden mit Ausnahme des Verpflegungsgeldes und der Funkerzulage für Funkoffiziere alle in Mark ausgedrückten geldlichen Bezüge des Monats Mai unter Anrechnung der schon vorläufig gezahlten Vorschüsse um 175 Prozent erhöht. 2. Das tägliche Verpflegungsgeld beträgt 28 500 Mk.; bei ambulanter Krankenbehandlung, in Urlaubsfällen und falls nicht an Bord gekocht wird, 33 000 Mark. 3. Die Funkerzulage für Schiffsoffiziere beträgt ab 1. Juni d. J. auf Schiffen mit Funkbeamten 60 000 Mk., auf Schiffen ohne Funkbeamte 120 000 Mk. 4. Die Effektenversicherung ist ab 1. Juli d. J. um 175 Prozent zu erhöhen. 5. Es besteht grundsätzliche Uebereinstimmung darüber, daß für verspätete Auszahlung von Heuerbeträgen und Zahlung von Abrechnungsguthaben nach Ende der Reise ein Ausgleich durch Berücksichtigung der Tarifsätze des Auszahlungsmonats geschaffen werden soll; die Einzelheiten sollen durch einen bereits gebildeten Ausschuß vereinbart werden. 6. Die Tarifparteien beschließen, in Kürze in Verhandlungen über die Einführung wertbeständiger Löhne einzutreten.

Von der Schiffahrt. Der Südamerikadienst des Norddeutschen Lloyd. Die beiden großen Republiken im Osten Südamerikas, die einst so enge Beziehungen mit den großen Handelsstädten an der Weser und Elbe unterhalten hatten, galten für viele Deutsche als das Land der Zukunft. Aber auch jenseits des Weltmeeres sehnten sich Tausende und aber Tausende nach Wiederherstellung der alten Schiffahrtswege als Bindeglieder zwischen den Völkern. Der Norddeutsche Lloyd ist daran, die Beziehungen wieder enger zu schließen. Der starken Nachfrage nach Beförderungsgelegenheit für Personen von und nach Argentinien vermochte der Norddeutsche Lloyd zuerst im Spätherbst 1921 durch die einmalige Abfertigung des Dampfers „Seydlitz" wieder Rechnung zu tragen. Geregelte Verhältnisse im bremisch-südamerikanischen Passagierverkehr ergaben sich jedoch erst im Jahre 1922 durch die Lieferung und Einstellung der beiden neuen Lloyddampfer „Köln" und „Crefeld" sowie des zurückerworbenen Dampfers „Gotha", zu denen sich später ein weiteres neues Schiff, der Dampfer „Sierra Nevada", hinzugesellte. Im Laufe dieses bezw. zu Anfang des Jahres 1924 werden drei weitere erstklassige Schiffe in den Südamerikadienst eingestellt werden, die gemeinsam mit dem Dampfer „Sierra Nevada" neben der Beförderung von 3.-Klasse-Passagiere in erster Linie dem Kajütenverkehr Rechnung tragen sollen. Der erste dieser drei Dampfer, „Sierra Ventana", ist bereits vor kurzem auf der Werft des Bremer Vulkan in Vegesack vom Stapel gelaufen. Seine erste Reise von Bremen über Corunna, Villagarcia, Vigo und Lissabon nach Rio de Janeiro Buenos Aires wird er voraussichtlich im Oktober d. J. antreten. Die Dampfer „Sierra Morena" und „Sierra Cordoba" sollen im November d. J. bezw. im Februar 1924 erfolgen. Es handelt sich um Schiffe von zirka 11 000 Br.-Reg.-To.

Die Abstimmung auf den Seeschiffswerften.

Bei der Abstimmung auf den Seeschiffswerften stimmten in Bremerhaven 2437 Kollegen mit ja, 1267 mit nein; in Nordenham 278 mit ja, 233 mit nein; in Emden 81 mit ja, 275 mit nein; in Flensburg 536 mit ja, 364 mit nein; in Hamburg 1170 mit ja, 2277 mit nein; in Kiel 1871 mit ja, 6083 mit nein; in Lübeck 269 mit ja, 1707 mit nein; in Osterholz 24 mit ja, 107 mit nein; in Rostock 462 mit ja, 398 mit nein; in Stettin 1587 mit ja, 1855 mit nein; in Rendsburg 102 mit ja, 124 mit nein; in Tönning 57 mit ja, 120 mit nein; in Wegesack 392 mit ja, 730 mit nein; Wilhelmshaven — mit ja, — mit nein; Gewerkverein 698 mit ja, 1393 mit nein; insgesamt 9964 mit ja, 16 848 mit nein. Da die zur Ablehnung erforderliche Dreiviertelmehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erreicht ist, ist der Schiedsspruch angenommen.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Achtung Gewerkschaftsvorstände. Korrespondenzblatt Nr. 25 ist sofort abzuholen.

Verein Arbeiterpresse und Unterstützungsvereinigung. Donnerstag, 28. Juni, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus: Wichtige Besprechung. (3422

Hansa-Theater. Heute Mittwoch 8 Uhr zum letzten Male „Wie einst im Mai". Donnerstag und Freitag „Alt-Heidelberg". Sonnabend „Bummelstudenten".

Badeanstalt Falkendamm. Die Wasserwärme betrug heute früh 11 Uhr 16 Grad, die Luftwärme 18 Grad.

Angrenzende Gebiete.

Ahrensbök. Gewerkschaftler von Stadt und Land. Am Sonntag, dem 1. Juli, findet unser Gewerkschaftsfest im Gehölz Langendamm statt. Antreten zum Festzug auf den Lornsenplatz 1½ Uhr, anschließend Festzug, Festrede vom Genossen Senator O. Friedrich-Lübeck. Volksbelustigungen aller Art, Konzert der Heidenschen Kapelle. Von 6 Uhr an Ball im Hotel Germania und im Festzelt. Arbeiter, Beamte und Angestellte erscheint in Massen. Ortsausschuß des A. D. G. B. Ahrensbök. — Bedeutung, Parteigenossen der V. S. P. D. Die Enthüllung unserer neuen Fahne findet um 1 Uhr statt, die Weiherede hält Genosse Friedrich-Lübeck. Zahlreiche Beteiligung erwartet der Vorstand der V. S. P. D. Ortsverein Ahrensbök.

Schwerin. Verhafteter Raubmörder. Der unter dem dringenden Verdacht der Mittäterschaft des Raubmordes an dem Kaufmann Heinrich Schumacher in Lübow bei Wismar im vorigen Jahre steckbrieflich verfolgte 31jährige polnische Landarbeiter Franz Konarzewski wurde von dem Gendarmeriekommissar Teschner (Sternberg) verhaftet.

Kiel. Vom Marktgericht, das hier neu eingesetzt wurde, wurden am Sonnabend drei Personen verurteilt, die auf dem Wochenmarkt Wucherpreise verlangt hatten. Ein Landmann, der 520 000 Mark für ein Ferkel, und ein Händler, der 1200 Mark für ein Ei forderte, erhielten je 500 000 Mark Geldstrafe, eine Frau, die 1600 Mark für ein Pfund Stachelbeeren haben wollte, 150 000 Mark Geldstrafe. In jedem Fall wurden auch die Waren eingezogen.

Brunsbüttelkoog. Ein schweres Bootsunglück ereignete sich gestern abend zwischen 5 und 6 Uhr bei Freiburg a. d. Elbe. Dort ist der Leichter „Willi" der Bugsier-, Reederei- und Bergungs-Gesellschaft in Hamburg mit der Aufhebung der großen Boje beschäftigt an der früher der „Imperator" festmachte. Vier Mann der Besatzung waren mit einem Boote nach Freiburg gefahren, um Proviant zu holen. Auf der Rückfahrt kenterte das Boot in der Höhe des Leichters und alle Insassen ertranken.

Bremen. Wahnsinnige Pachtpreise. In Hattstedt wurden Landpachtpreise erzielt, die wohl noch nicht dagewesen sind. Für eine Grasfenne zum Mähen ohne Nachweide wurde pro Demat 2 500 000 Mark bezahlt. Ein Acker Roggen, Größe 15 bis 18 Ar, wurde auf dem Halm für 2 600 000 Mark verkauft.

Gewerkschaften.

Die Goldlöhne der deutschen Arbeiter. Nach Herrn Dr. Meißinger zahlt die deutsche Industrie ziemlich Goldlöhne. Wir wollen einmal dieses „Ziemlich" des Arbeitgebersyndikus nach amtlichem Material geziemend ins rechte Licht rücken. Wir beziehen uns dabei auf Veröffentlichungen, die im Heft 5 der vom Internationalen Arbeitsamt herausgegebenen „Internationalen Rundschau der Arbeit" erschienen sind. Zur Ermittlung der Meßziffern benutzten wir das Heft 4 der gleichen Zeitschrift. Wir greifen aus den dort veröffentlichten Zahlen nur die typischen Berufe und Länder heraus:

Zunächst England: Die in der Folge zitierten Zahlen beziehen sich auf Juli 1914 bezw. September 1922. Nach den amtlichen Indexzahlen, die wesentlich genauer sind, als die deutschen und nicht wie diese nur einen Lebenserhaltungsersatz ermitteln, betrug die Preissteigerung von 1914 bis September 1922 84 Proz. Der Lohn der Maurer war im gleichen Zeitraum gestiegen von 40 Schilling 7 Pence auf 71 Schilling 4 Pence = 76 Proz. Der der Bauhilfsarbeiter von 27 Schilling auf 53 Schilling 6 Pence = 77,4 Proz. Der der Schiffsbauer von 41 Schilling 4 Pence auf 58 Schilling 7 Pence = 41,7 Proz. Der der Hilfsarbeiter im Schiffsbau von 22 Schilling 10 Pence auf 40 Schilling 1 Pence = 75,5 Proz. Der Lohn der Handsetzer stieg von 35 Schilling 8 Pence auf 80 Schilling 6 Pence = 125,7 Proz. Der der Maschinenmeister und Buchbinder stieg von 33 Schilling 11 Pence auf 80 Schilling 11 Pence = 138,5 Proz. Der der Tischler von 39 Schilling 9 Pence auf 77 Schilling 11 Pence gleich 98 Proz. Der Lohndurchschnitt in der Webstoff-, Schuh- und Töpfereiindustrie stieg von 1914 bis Februar 1923 von 19 Schilling 4 Pence auf 39 Schilling 4 Pence = 103,4 Proz. Die Lebenshaltungskosten waren bis Februar 1923 um 76 Proz. gestiegen.

In Dänemark betrug der Durchschnittsverdienst der gelernten, ungelernten und weiblichen Arbeiter im Jahre 1914 27,11 Kronen. Im dritten Vierteljahre 1922 war der Durchschnittsverdienst gestiegen auf 68,16 Kronen = 172 Prozent. Die Teurung war im gleichen Zeitraum um 99 Prozent gestiegen.

In Frankreich betrug der Lohn eines Baumwollspinners in Roubaix-Tourcoing im Jahre 1914 5,50 Franken, im Februar 1922 22,48 Franken. Das macht eine Steigerung von 409 Prozent. Im gleichen Zeitraum stieg der Lohn eines Webers in Troyes von 4 auf 18 Franken oder um 450 Prozent. Die Teurung stieg im gleichen Zeitraum um 291 Prozent. Wir haben nur diese beiden Gruppen herausgegriffen, einmal, weil sie typisch sind für die Verschiebungen in den Lohnverhältnissen in Frankreich und andererseits, weil die übrigen Zahlen einen Vergleich schwieriger machen. Seitdem sind die Löhne in Frankreich im Jahre 1922 absolut wohl etwas zurückgegangen, aber auch die Teurung. Seit Februar 1923 hat in Frankreich die Teurung weitere Fortschritte gemacht, doch hat auch eine allgemeine Erhöhung der Löhne stattgefunden. Im allgemeinen dürften sich die Löhne heute nicht wesentlich anders gestalten, als die beiden oben angeführten Gruppen es erkennen lassen.

In Belgien betrug der Lohn eines Bergarbeiters im südlichen Bezirk 5,30 Franken im Jahre 1913 und 19,46 Franken im September 1922. Das ist eine Steigerung von 367 Prozent. Vom Juli 1914 bis September 1922 betrug die Steigerung der Lebenshaltungskosten 371 Prozent. In der Metallindustrie in Brüssel stieg der Lohn eines Grobschmiedes von 6 Franken auf 20 Franken im Oktober 1922 = 333 Prozent, der der Blechschmiede von 5,50 Franken auf 22 Franken = 400 Prozent. Der Lohn der Maurer stieg von 5,30 Franken auf 26 Franken gleich 490 Prozent.

In den Vereinigten Staaten waren die Lebenshaltungskosten von 1914 bis Dezember 1922 um 69 Prozent gestiegen.

Die Lohnsteigerung in der Schuhindustrie betrug 204 Prozent, in der Tuchindustrie 219 Prozent, im Waggonbau 215 Prozent. In Dollar ausgedrückt, schwanken die Löhne zwischen 17 Dollar pro Woche in der Tuchindustrie und 29 Dollar in der Neuyorker Metallindustrie. Seitdem sind bekanntlich die Löhne noch wesentlich erhöht worden.

Und nun zum Schluß einige Vergleichszahlen über Deutschland. Der Vergleich geht von Juli 1914 bis Februar 1923. Während dieser Periode stiegen nach den amtlichen Veröffentlichungen die Lebenshaltungskosten nach den Kleinhandelspreisen um das 2643fache, der Großhandelsindex stieg um das 5585fache. Der Großhandelsindex der „Frankfurter Zeitung" verzeichnet jedoch eine Steigerung um das 6770fache im Februar 1923. Um die wirkliche Teurung zu ermitteln, haben wir zunächst einen Durchschnitt zwischen dem amtlichen Großhandelsindex und dem der „Frankfurter Zeitung" gezogen, und dann aus diesem so ermittelten Großhandelsindex und dem amtlichen Kleinhandelsindex den Durchschnitt. Derart dürfte die wirkliche Teurung am genauesten ausgedrückt sein. Sie betrug demnach das 4410fache. Und nun die Löhne: In der Metallindustrie stieg der Lohn im gleichen Zeitraum für Gelernte von 36,37 Mk. auf 59 108 Mk., oder um das 1629fache. Der Lohn eines gelernten Metallarbeiters betrug also im Februar 1923 nunmehr 37 Prozent des Friedensreallohnes. Der Lohn der ungelernten Metallarbeiter war von 23,57 Mk. auf 54 834 Mk. oder um das 2346fache gestiegen, betrug also nur mehr 53 Prozent des Friedensreallohnes. Der Lohn der gelernten Bauarbeiter stieg von 37,69 Mk. auf 54 018 Mk. oder um das 1433fache. Er betrug also nur mehr 32,5 Prozent der Friedensreallohnes. Der Lohn der Bauhilfsarbeiter war gestiegen von 29,34 Mark auf 51 347 Mk. oder um das 1750fache; er betrug also nur mehr 50 Prozent des Friedensreallohnes. Der Lohn der Holzarbeiter war von 31,54 Mk. im Jahre 1913 auf 50 338 Mark gestiegen, oder um das 1596fache, er betrug also nur mehr 36 Prozent des Friedensreallohnes. Der Lohn der Handsetzer schließlich war von 34,38 Mk. auf 42 791 Mk. gestiegen oder um das 1258fache, er betrug also nur mehr 28,5 Prozent des Friedensreallohnes.

So sehen also die „ziemlichen" Goldlöhne aus, die die deutschen Arbeiter bekommen, und so sieht die Gefahr aus, in die sich die deutsche Industrie begeben würde, wenn sie ihre Arbeiter nicht jeden Tag und jede Woche um einen wesentlichen Teil des ausbedungenen Lohnes beträge und den Lohn auch wirklich wertbeständig zahlte. Wir haben nur einen Vergleich gezogen nach der inneren Kaufkraft der Löhne in den verschiedenen Ländern. Will man aber die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf Grund der gezahlten Löhne vergleichen, dann muß man den Vergleich auf Grund der Valuta machen. Und hier ergibt sich ein ganz ungeheuerlicher Unterschied. Dieser abgrundtiefe Unterschied zeigt aber auch die abgrundtiefe Lüge, die man dem deutschen Publikum und den deutschen Arbeitern einreden will, wonach die deutsche Industrie nicht mehr konkurrenzfähig sein würde, wenn den Arbeitern wertbeständige Löhne, d. h. die Löhne gezahlt würden, die vertraglich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ausbedungen worden sind.

An unsere Postabonnenten.

Die Geldentwertung zwingt uns, von den Postabonnenten eine Nacherhebung für den bereits eingezahlten Julipreis einzuziehen. Auf Vorstellung der Zeitungsverleger beim Reichspostminister wird die Postverwaltung selbst die angemeldeten Bezugspreise für Juli mit einer entsprechenden Erhöhung einziehen oder, wenn der Juli-Bezugspreis bereits gezahlt ist, diese Erhöhung nachfordern. Bisher hatte die Post aus formalen Gründen es abgelehnt, das Einziehen solcher nachträglichen Erhöhungen zu übernehmen. Diesmal aber hat sie sich unter dem Eindruck der außerordentlichen, seit der Anmeldung des Julipreises eingetretenen Geldentwertung damit einverstanden erklärt, den angemeldeten Bezugspreis und die Erhöhung einzuziehen.

Für den „Lübecker Volksboten" war ein Bezugspreis von 6500 Mark für den Monat Juli bei der Post angemeldet worden. Infolge der seitdem eingetretenen Geldentwertung und der hieraus folgenden Steigerung des Papierpreises und aller zur Zeitungsherstellung benötigten Materialien und Gebühren reicht dieser Bezugspreis für Juli bei weitem nicht aus, so daß wir uns gezwungen sehen, von unseren Postabonnenten außer dem ursprünglich angemeldeten Bezugspreis von 6500 Mark noch eine Nachzahlung von 3000 Mark erheben zu lassen. Auch dieser Betrag wird kaum unsere Mehrkosten decken, umsomehr hoffen wir, daß unsere Abonnenten sich der unbedingten Notwendigkeit dieser Forderung nicht verschließen werden.

Verlag des „Lübecker Volksboten".

Sparsame

Hausfrauen benutzen zum Färben ihrer Kleider, Blusen, Gardinen u. s. w. nur die weltberühmten echten **Heitmann's Farben**, Marke Fuchskopf im Stern.

Heitmann's Farbe spart den Färber.

(3409